Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 24. Mittag-Ausgabe. Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Mittwoch, den 15. Januar 1868.

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 14. Januar.

28. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 10½ Uhr. Am Ministertisch Frhr. v. d. Heydt, Graf zu Eulenburg und mehrere Commissarien.

Vom Abg. Born ist folgender Antrag eingegangen: „Das Haus wolle die Regierung auffordern, dem dermaligen, eventuell dem nächstfolgenden Landtage eine Gesetzesvorlage vorzulegen, bezweckend die für den Regierungsbezirk Wiesbaden erlassene Verordnung vom 2. September 1867 (einige Abänderungen in der herzoglich nassauischen Verordnung vom 12. September 1829, das Verfahren bei Güterconsolidationen betreffend) außer Gesetzeskraft zu setzen." (Das Haus beschließt die Schlußberathung über diesen Antrag.)

Bei dem Eintritt in die Vorberathung des Etats des Ministeriums des Innern schlägt der Präsident mit Rücksicht auf die große Zahl der eingebrachten Anträge vor, von der Generaldiscussion Abstand zu nehmen und einzelne zusammenhängende Gruppen in der Debatte zusammenzufassen, über die Anträge von allgemeinerer Tendenz aber eine besondere Debatte zu eröffnen.

Reg.-Commissar Wulffstein: Die Aufstellung des Etats habe sehr große Schwierigkeiten durch den Zutritt der neuen Provinzen und der dortigen theilweise sehr abweichenden Einrichtungen dargeboten, in Folge deren dort manche Angelegenheiten vom Ministerium des Innern ressortirten, die in den alten Provinzen anderen Ministerien zugetheilt wären.

Die Einnahmen des Etats des Ministeriums des Innern betragen im Ganzen 955,227 Thlr. (155,664 Thlr. mehr als im v. J.), die Ausgaben 8,132,660 Thlr. (665,893 Thlr. mehr). Tit. 1 der Einnahmen enthält 2 Positionen: 1) Aus der Central-Verwaltung 541 Thlr. 12 Sgr., gegen das Vorjahr mehr 69 Thlr. 12 Sgr.; 2) Aus der Provinzial-Verwaltung 117,961 Thlr. 15 Sgr.; davon aus den neuen Provinzen 117,406 Thlr., davon 32,192 Thlr. aus Beiträgen von Feuerversicherungs-Gesellschaften in der Provinz Hannover, welche Position Reg.-Commissar Noah besonders hervorhebt.

Pos. 1 wird genehmigt. Zu Pos. 2 beantragt Abg. Braun (Wiesbaden): die Regierung aufzufordern: 1) die Taxe für die Jagd- oder Waffenscheine demnächst auf dem Wege der Gesetzgebung für die ganze Monarchie gleichmäßig zu regeln; 2) jedenfalls aber den Ertrag der Taxe da, wo er gegenwärtig in die Staatskasse fließt, schon jetzt der Kasse der betreffenden Gemeinde- oder des sonstigen Local-Verbandes zuzuwenden.

Abg. Glaser: Es ist richtig, daß unter den Einnahmen aus den neuen Provinzen zur Zeit einzelne Posten sich befinden, die in den alten Provinzen nicht vorkommen und dadurch gewissermaßen eine Ungleichheit statuirt wird. Obwohl principiell für eine Ausgleichung, bin ich doch gegen den Antrag Braun, da ich es für unmöglich halte, gegenwärtig Absetzungen an den Einnahmen des Etats zu machen. Es müssen in nächster Zeit jedenfalls durchgreifende Gruudsätze für den Provinzial- und Kreis-Haushalt getroffen werden. Es muß dabei aber der Grundsatz zur Geltung kommen, daß die Einkünfte des Staates auch nur für allgemeine Zwecke des Staates verwandt werden. Für Provinzial- und Kreiszwecke müssen die zunächst betheiligten Provinzcu und Kreise aufkommen, der Staat darf hierbei nur aushilfsweise aufkommen.

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden) motivirt seinen Antrag mit Hervorhebung der Ungleichheit, die daraus entsteht, daß in den alten Provinzen die Gebühren für Jagdscheine ꝛc. in die Kassen des betreffenden Localverbandes, in den neuen aber in die Staatskasse fließen. Der von ihm gestellte Antrag alterire die Budgetaufstellung keineswegs und er würde, wenn er dies irgendwie fürchte, ihn sicher nicht gestellt haben, da er durchaus nicht wünsche, daß bei Gelegenheit der Budgetberathung weitgehende Anträge gestellt würden. Denn damit schade man nur, die Budgetberathung werde dadurch verzögert, die budgetlose Regierung verlängert; die Anträge selbst könnten dabei auch nicht die gebührende und erschöpfende Behandlung, wie sonst erfahren. (Beifall rechts.)

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Die Regierung ist mit dem Antrage einverstanden, ich bemerke nur, daß sie der Ansicht ist, daß die Ziffern der Taxe ad 1 so bleiben, wie sie bestimmt sind und daß die Höhe dieser Summe am besten dann gleichmäßig zu fixiren sei, wenn eine Aenderung oder Umgestaltung der betreffenden Gesetze vorgenommen werde. Die Regierung wird in der nächsten Session eine hierauf bezügliche Vorlage machen. Ad 2 des Antrages bemerke ich, daß die königliche Staatsregierung noch in dieser Session in den nächsten Tagen dem Hause einen betreffenden Entwurf unterbreiten wird. (Bravo.)

Abg. Bening: Nach dem Gesetze von 1852 war die Gebühr für Jagdscheine festgesetzt auf 1 Thlr. und diese floß in die Gemeindekasse. Mit der späteren Erhöhung auf 3 Thlr. und das Abfließen derselben in die Staatskasse war man natürlich nicht zufrieden. Redner erklärt sich jedoch durch das vom Minister in Aussicht gestellte Gesetz für befriedigt.

Die Abgeordneten Graf Schwerin und v. Budberg erklären gleichfalls ihre Zustimmung zu der Erklärung des Ministers.

Abg. Braun zieht seinen Antrag zurück.

Bei dem Etat der Local-Polizei-Behörden in den Provinzen und in der Stadt Berlin rügt der Abg. Virchow die unklare Stellung mehrerer Einnahmeposten in demselben, die der Controlle der Rechnungskammer nicht unterliegen, sowie die colossale Steigerung der Einnahmen aus Polizei-Uebertretungen, welche sich seit 1862 um das sechsfache vergrößert haben. Er giebt zur Erwägung, ob dieser Umstand nicht in der mangelhaften Organisation der Polizeiverwaltung seinen Grund habe.

Regierungs-Commissar v. Eichhorn erwidert, daß die Vermehrung der Polizeistrafen sich aus der strafferen Handhabung der Polizei, namentlich beim Fuhrwesen erklärt.

Abg. Heise erklärt die Vorwürfe des Abg. Virchow gegen die Polizeiverwaltung, speciell gegen die Berliner Polizeiverwaltung für unbegründet; das Personal der Berliner Polizei sei unzureichend; das Haus könne sich über mangelhafte Verwaltung nicht beklagen, wenn es den Polizeifonds streiche. Ordnungsstrafen seien unumgänglich nöthig. Wenn der Abg. Virchow bei Glatteis auf dem Bürgersteige hinfalle, weil der Hausbesitzer die Polizeiverordnung, Sand zu streuen, nicht befolgt habe, so werde er sich gewiß mehr über die Lässigkeit der Polizei als über das Zuviel der Verordnungen beklagen.

Abg. Virchow: Wenn die Regierung einen Polizeifonds braucht, warum muß das gerade ein geheimer Fonds sein, warum soll sich dieser Fonds gerade der Controle der Rechnungskammer entziehen? Sobald die Regierung nachweist, daß sie gewisse Mittel braucht, so wird ihr das Haus dieselben gewiß zur Verfügung stellen, aber nur als Dispositionsfonds, über dessen Verwendung sie später Rechenschaft abzulegen hat, nicht als geheime Fonds. — Polizeiverordnungen, deren es allerdings viele ganz unausführbare giebt, werden außerdem nur schlecht zur Ausführung gebracht. Der Privatmann wird sehr streng gezwungen, bei Glatteis vor seinem Hause Sand zu streuen, bei öffentlichen Gebäuden dagegen, bei denen dies Sandstreuen gewöhnlich unterbleibt, kümmert sich auch die Polizei nicht darum.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Ich bemerke, daß die große Mehrzahl der Verordnungen sich auf den Verkehr beziehen, meist auf den Fuhrverkehr; es ist ein Bedürfniß der Polizei, gerade diesem Zweige des Verkehrs besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Ich habe noch keine Stadt gesehen, in der so schlecht gefahren wird, wie in Berlin (Heiterkeit). Es ist gesagt worden, die Anzahl der Contraventionen solle vermindert werden, ich muß dazu bemerken, daß ich keine Verordnung erlassen kann, daß eine übertretene Vorschrift nicht bestraft werde, höchstens kann ein Polizeibeamter einmal unter Umständen ein Auge zudrücken. — Dem Herrn Abg. Virchow muß ich bemerken, daß öffentlichen Gebäuden gegenüber mit derselben Rigorosität verfahren wird, wie privaten und erinnere nur an den Vorgang beim königl. Opernhause. — Was ferner die geheimen Fonds betrifft, so bemerke ich, daß die Criminalpolizei sehr thätig ist. Daß ein Verbrechen unentdeckt bleibt, kommt wohl überall vor, aber daß eine ganze Reihe von Verbrechen unentdeckt geblieben wäre, ist noch nicht vorgekommen. Die Criminalpolizei ist aber mit ihren Beamten allein zu schwach, um Alles entdecken zu können, sie muß daher mit Leuten aus dem Publikum in Verbindung stehen, diese Leute werden bezahlt und geben keine Quittung, deshalb werden die Fonds, aus denen diese Leute bezahlt werden, geheime Fonds genannt. Diese Bemerkung habe ich gemacht, um die Ansicht zu widerlegen, als ob geheime Fonds unerlaubte Mittel wären, deren sich das Ministerium bediente.

Abg. v. Hennig: Der Vorwurf des Herrn Ministers eben so wie der des Herrn Heise ist ungerechtfertigt. Jede Forderung der Regierung zur Remuneration von Polizeibeamten ist bisher vom Hause bewilligt worden. Die eigentlich geheimen Fonds dagegen, müssen wir annehmen, sind zu anderen Zwecken bestimmt, da außerdem ja noch besondere Fonds zu anderen gemeinen polizeilichen Zwecken, zu Prämien für die Entdeckung von Verbrechen, zur Bestreitung der Verpflegungs- und Transportkosten und dergleichen von uns stets zur Verfügung gestellt wurden. Wir hatten Grund, anzunehmen, daß diese geheimen Fonds zu Preßzweckeu verwendet wurden, und da waren wir allerdings in vollem Rechte, dieselben zu streichen.

Abg. v. Benda verbreitet sich über die Mängel der Fahrordnung, die zu Ordnungsstrafen führten, welche fast gar nicht zu vermeiden wären. Redner führt beispielsweise als besonders hart die Bestimmung an, daß ein jeder Milchpächter für sein Fuhrwerk nach 10 Uhr Morgens sich einen besondern Kutscher halten müsse.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Ich bemerke, daß ich an der Fahrordnung insofern betheiligt bin, als sie mir vorgelegt und gerade auf meine Veranlassung abgeändert worden ist, Ein Fahrordnung muß man längere Zeit bestehen lassen, um sie zu erproben. Was übrigens das betrifft, daß die Milchpächter sich von 10 bis 2 Uhr Kutscher halten müssen, während sie es vor 10 Uhr nicht nöthig haben, so bemerke ich, daß dies einfach nach dem Grundsatze geschieht, daß hier kein Fuhrwerk unbewacht auf der Straße stehen darf. Vor 10 Uhr ist durch die Vernachlässigung dieser Verordnung nichts zu befürchten, da der Verkehr nach 10 Uhr sehr bedeutend ansteigt, so muß der Milchpächter, da er selbst in die Häuser geht, um die Milch zu verkaufen, sich einen Kutscher halten, damit das Fuhrwerk nicht unbewacht bleibt.

Zu Nr. 4 des Tit. 2, Einnahmen der Polizeiverwaltung (an Gebühren für die Ausfertigung von sonstigen Reisepässen und Paßkarten, mit Ausnahme der bei der Lokal-Polizeiverwaltung aufkommenden derartigen Gebühren 44,020 Thlr.) erwähnt Abg. Lesse die Ungleichheit, daß verschiedene Städte, welche die Kosten für die Polizeiverwaltung zu tragen hätten, dennoch nicht sämmtliche Einnahmen aus derselben bezögen, dazu gehören die aus den Reisepässen.

Zu Tit. 3 (624,822 Thlr. aus der Verwaltung der Straf-, Besserungs- und Gefangenen-Anstalten ist der gestern vom Abg. Windthorst (Meppen) beim Etat der Justizverwaltung zurückgezogene Antrag wieder eingebracht worden, wonach die Verwaltung der Strafanstalten aus dem Ressort des Ministeriums des Innern auf das Justizministerium übergehen soll. — Auf den Vorschlag des Präsidenten wird er zurückgestellt bis zum Ausgabe-Etat.

Abg. v. Hennig theilt eine Zusammenstellung der Einnahmen aus verschiedenen Strafanstalten mit, woraus hervorgeht, daß die Erträge derselben sehr variiren und bittet um Aufklärung darüber. Er kommt darauf auf die Beschwerden zu sprechen, welche an vielen Orten von freien Arbeitern über die nachtheilige Concurrenz erhoben werden, welche durch die Beschäftigung der Gefangenen in den gewöhnlichen bürgerlichen Gewerben entsteht. Er weiß allerdings selbst augenblicklich kein Mittel zur Abhilfe dieser theilweise gerechtfertigten Beschwerden, hält es aber für wünschenswerth, daß man bei der Beschäftigung der Gefangenen weniger auf den hohen Arbeitsertrag, als darauf sehen möchte, daß in den Strafanstalten nicht solche Gewerbe getrieben werden, die gerade in der betreffenden Gegend hauptsächlich von den freien Arbeitern betrieben werden.

Reg.-Commissar v. Eichhorn: Verschiedene Umstände bewirken die Ungleichheit der Erträge. Oft ist es sehr schwierig, die geeignete Arbeit zu finden; die Frage der Concurrenz mit den freien Arbeitern, die möglichst zu vermeiden sei, sei eine sehr schwierige. Die Gefangenen müssen beschäftigt werden; es finden sich nun aber oft nicht die erforderlichen Arbeitgeber. Dazu kommt, daß häufig Handwerker in den Gefangen-Anstalten sitzen, in deren eigenem Interesse es liegt, sie in ihrem bisherigen Handwerke zu beschäftigen, damit, wenn sie in die Freiheit zurückkehren, sie in ihrem Handwerke fortarbeiten und sich selbst erhalten können.

Abg. Eberty freut sich über die letzte Erklärung des Regierungs-Commissarius, hält aber dafür, daß das fabrikmäßige Betreiben von Handwerken im Interesse der freien Handwerker aus den Strafanstalten verbannt werden müsse.

Abg. Strosser erklärt es für unmöglich, die fabrikmäßige Beschäftigung der Gefangenen ganz auszuschließen.

Abg. Eberty hält die Beschäftigung der Gefangenen im Freien für sehr vortheilhaft und weist auf die großartigen Erfolge hin, die man in Holland durch Anlage ganzer Colonien von Gefangenen erreicht habe. Es komme nicht darauf an, daß die Strafanstalten viel einbringen, sondern daß die Gefangenen gebessert werden. Er empfiehlt schließlich das irische Gefängnißsystem zur Nachahmung; unsere jetzigen Strafanstalten seien Schulen des Verbrechens.

Abg. Rothe räth davon ab, darauf hinzuwirken, daß in Strafanstalten Arbeiten verrichtet werden, die nicht guten Lohn bringen. Es wirke dies jedenfalls sehr günstig auf die Gefangenen, wenn sie sähen, daß sie mit ihrer Hände Arbeit etwas verdienen.

Die Position wird genehmigt.

Zu Tit. 4 der Einnahme (Verwaltung der Regierungs-Amtsblätter und der damit verbundenen öffentlichen Anzeiger — 89,960 Thlr.) beantragt Abg. Dr. Becker: die Regierung aufzufordern: die Einrückungsgebühren von Bekanntmachungen und Anzeigen, welche gesetzlich oder in Folge obrigkeitlicher Anordnungen auf Kosten von Privatpersonen oder Corporationen in die zu den Amtsblättern gehörigen „Oeffentlichen Anzeiger" aufgenommen werden, auf 2 Sgr. für die durchlaufende Zeile und auf 1 Sgr. für die gespaltene Zeile herabzusetzen.

Reg.-Commissar v. Eichhorn: Die Regierung kann im Augenblick eine bestimmte Erklärung über diesen Antrag nicht abgeben, noch viel weniger ihre Zustimmung dazu erklären. Der Ausfall, der die Folge der Annahme desselben sein würde, läßt sich nicht übersehen; wahrscheinlich wird es ein ziemlich bedeutender sein.

Nach einer kurzen Erwiderung des Antragstellers und einer Replik Seitens des Reg.-Commissars wird der Antrag angenommen.

Abg. Dr. Virchow: (Redner wird im Beginn seiner Rede mehrfach durch große Unruhe auf der rechten Seite des Hauses unterbrochen.) Ich möchte Herrn v. Vincke und die übrigen Herren bitten, ihre lauten Unterhaltungen wenigstens für einige Zeit auszusetzen. (Herr v. Vincke erregt: „Ich habe kein Wort gesprochen.") Ich spreche heute zum ersten Male, seitdem ich von einem Brustleiden genesen bin (Ruf: Das hätten Sie eher sagen sollen), und wenn Sie sich so laut unterhalten, daß der Redner selbst Ihre Worte mehr hört als seine eigenen, so ist es mir unmöglich, mich verständlich zu machen. (Ruf rechts: Zur Sache!) Wenn wir einen Rückblick auf die Amtsthätigkeit des Herrn Ministers des Innern werfen, so sehen wir, daß dieselbe bis zum Jahre 1866 so überwiegend durch die Bestrebungen, bei den Wahlen eine Majorität für die Regierung zu erzielen, in Anspruch genommen wurde, daß fast alle andern Maßregeln dagegen in den Hintergrund treten mußten. Trotzdem sind diese Bestrebungen gescheitert, denn wenn später ein Umschlag bei den Wahlen eintrat, so sind es nicht die Bemühungen des Herrn Ministers gewesen, die denselben veranlaßt haben, sondern die Ereignisse des letzten Kriegsjahres, die gleichzeitig einen Abschnitt in der Thätigkeit des Herrn Ministers bilden. Es trat mit ihnen eine Epoche ein, wo derselbe in den neu erworbenen Provinzen seine organisatorische Wirksamkeit entfalten und zeigen konnte, daß er der Mann der freien schöpferischen Thätigkeit sei.

Hier muß ich ihm wenigstens das Eine nachrühmen, daß er in seinem Ministerium eine Art parlamentarischer Regierung eingeführt hat, indem er allmälig aus den Mitgliedern dieses Hauses junge strebsame Kräfte in seine Verwaltung hinübernahm, die er freilich meist auf jener Seite des Hauses (nach rechts) fand. Ich will die einzelnen Personen, die ein so schnelles Glück gemacht haben, durchausnicht einer Kritik unterwerfen. (Ruf rechts: Zur Sache). Meine Herren. Ich bin vollkommen bei der Sache, und diejenigen, welche den Ruf laut werden ließen, beweisen dadurch nur, daß sie sachliche Gründe nicht hören wollen. (Ruf rechts: Sehr wahr!) Diese letzte Bemerkung verdiente zu Ihrem Ruhme verzeichnet zu werden, denn eine so insolente Aeußerung ist hier wohl noch selten gehört worden. (Ruf rechts: Da hört doch aber Alles auf.) Präsident: Ich mache den Herrn Redner darauf aufmerksam, daß der Ausdruck „insolent" kein parlamentarischer ist. — Abg. Virchow: Ich erkenne das an, es ist aber auch nicht parlamentarisch, den Redner in der Weise, wie es geschehen, zu unterbrechen. — Es wäre, sagte ich, überflüssig, die Frage hier zu erörtern, ob die bezeichneten Beamten ihrer Aufgabe gewachsen sind oder nicht. Ich beschränke mich darauf, nur wenige Punkte aus den Regierungsmaßregeln hervorzuheben, die man nach der Annexion den neuen Provinzen gegenüber ergriffen hat. Statt die Selbstverwaltung des Landes in Gemeinde, Kreis und Provinz zu fördern, hat sich der Herr Minister damit begnügt, in dem einen Landestheile den größten Theil der bestehenden Einrichtungen fortbestehen zu lassen, in die anderen mit einer Art von Gewaltthätigkeit preußische Institutionen, die das Urtheil des Volkes schon längst als unhaltbar bezeichnet hat, zu importiren. Auf diesen Weg wäre er vielleicht nicht gekommen, wenn die von ihm aus den Mitgliedern jener Seite des Hauses erwählten Verwaltungsbeamten nicht so feudal gewesen wären, daß Alles, was nicht ebenfalls einen feudalen Anstrich hatte, für sie ohne Interesse war. Das aber, was ihren Beifall fand, wurde sorgsam in die neuen Provinzen hinüber verpflanzt, und so sehen wir in die dortige Provinzialverfassung die eigenthümlichsten Dinge aufgenommen, auf die vorher selbst die reactionärste Regierung nicht verfallen war.

Sie zeigten dabei eine wahre Virtuosität, die dunkelsten Stellen herauszufinden, und, wo sich nur etwas Feudales vorfand, dies an das Tageslicht zu fördern. Ein solches Verfahren hat dahin geführt, eine Reihe von Staatslasten auf Kreis und Gemeinde abzuwälzen; wenn nun auch Jemand diese zunehmende Belastung, die bereits kolossale Verhältnisse angenommen hat, für gerechtfertigt hält, so muß er es doch auch als billig anerkennen, in demselben Maße dem Lande das Recht der Selbstverwaltung zu übertragen. Statt dessen hat Alles, was wir bis jetzt gesehen haben, einen durchaus entgegengesetzten Charakter, und die Versuche, die man jetzt mit Hannover vor hat, sind nur geeignet, die Aufmerksamkeit nach einer andern Seite abzulenken. Die ganze Organisation macht auf mich den Eindruck, daß der Herr Minister durchaus kein selbstständiges Princip hat, nach dem er die künftigen Organisationsfragen beurtheilt, und daß das, was geschieht, nicht deshalb geschieht, weil es einem einheitlichen Plane entspricht. Das gerade, meine ich, müßte sein Ehrgeiz sein, eigene, schaffende Gedanken zum Ausdruck zu bringen, wie es der Ehrgeiz Steins war, aus dem Alles, was wir Großes in der Gesetzgebung haben, hervorgegangen ist. Die Mängel des Systems von oben bis unten treten uns in schroffster Weise entgegen in dem ostpreußischen Nothstand. (Unruhe rechts.) Nach meiner Auffassung zeigen ihm hier die thatsächlichen Verhältnisse, wenn er an ihnen sein Princip mißt, das Unrichtige desselben. Ihre Ansicht sagt zwar, daß es nur eine Erfindung der demokratischen Presse sei, wenn man die Noth als so groß hinstelle (Ruf rechts: Oh! Oh!) — ich freue mich, daß Sie die Behauptung von sich ablehnen, sie beruht aber auf den Darstellungen Ihrer öffentlichen Organe.

Damit Sie jedoch mich nicht der Uebertreibung beschuldigen und behaupten, daß ich die Dinge mit demokratischer Brille betrachte, so will ich mich auf einen von den höchsten Verwaltungsbeamten der Provinz Preußen unterzeichneten Aufruf vom 12. Januar stützen, welcher zunächst die Gründe des jetzigen Nothstandes aus dem vorigen Frühjahr und den Witterungsverhältnissen des darauf folgenden Sommers her datirt, sodann Alles dasjenige aufzählt, was bereits sowohl von der Regierung als durch Privatwohlthätigkeit zur Linderung der Noth geschehen ist und endlich zu dem Schluß kommt, daß Alles dies doch verschwindend klein sei im Verhältniß zur Größe des Nothstandes. Statt daß die ersten Beamten der Provinz jetzt die allgemeine Wohlthätigkeit anrufen, wäre es vielleicht besser gewesen, sie hätten zur rechten Zeit, nämlich im Frühjahr und Sommer des vorigen Jahres, während deren die Noth sich nach ihrer Angabe entwickelte, den Herrn Minister von den Verhältnissen in Kenntniß gesetzt. Der Aufruf hat mich um so empfindlicher berührt, als er mich an die Sachlage in Oberschlesien erinnerte, wo die Dinge einen ganz ähnlichen Verlauf nahmen. Wenn Alles das, was bereits geschehen, noch verschwindend klein ist im Verhältniß zu der Größe der Noth, dann hat es an Voraussicht gefehlt, dann scheint man keine Ahnung von dem heranwachsenden Elend gehabt zu haben. Ich mache diesen Vorwurf mehr den Organen der Regierung in den von der Noth betroffenen Landestheilen, als dem Herrn Minister selbst, der sogar bei der Vorlage des Nothstandgesetzes über den Umfang des Elends noch so wenig informirt war, daß er die Anfangs geforderte Summe nach wenigen Tagen um 1 Million steigern mußte. Dabei fürchte ich, daß die Mittel, die man anwendet, wie Bau von Eisenbahnen und dergleichen, nicht augenblicklich die Noth lindern, sondern erst später, vielleicht im Frühjahr Hilfe bringen werden; hier aber tritt an den Staat die Forderung heran, seinen Bürgern augenblicklich die Möglichkeit einer Existenz zu gewähren, und dieser Verpflichtung darf der Staat nicht erst auf Umwegen nachkommen.

Man muß einer solchen Noth einmal näher gestanden haben, um zu wissen, wie unglaublichen Leiden die davon Betroffenen ausgesetzt sind, und wie dieses Elend noch auf viele Jahre hinaus weiter wirkt. Wenn die Herren ein so großes Gewicht auf die Absendung eines Bevollmächtigten des Frauenvereins legen, warum hat ihm der Herr Minister nicht auch einen Beutel voll Geld mitgegeben, oder selbst Jemand hingeschickt; davon aber hören wir nichts, daß der Herr Minister selbst oder wenigstens einer seiner Räthe sich auf den Weg gemacht hätte, und doch gleichen die Verhältnisse einem Kriegszustande, wo die persönliche Gegenwart des Generals dringend nothwendig ist, um mit aller Energie und Schnelligkeit eingreifen zu können. Ich bin weit entfernt, im Interesse meiner Partei den Gegenstand ausbeuten zu wollen (Lachen rechts); sonst wäre ich im Stande, Ihnen viel Härteres zu sagen, das aber scheint mir aus Allem hervorzugehen, daß die Organisation unserer Regierung nicht ausreicht, nicht das leistet, was sie soll, daß sie rathlos dasteht, wenn ihr Etwas in den Weg kommt, das nicht in den gewohnten Schematismus paßt. Man wird mir sagen, ich hätte schon früher mit dieser Ueberzeugung hervortreten sollen, und ich würde es wohl gethan haben, hätte ich mir nicht sagen müssen, daß mein Rath wenig fruchtbar sein würde; jetzt aber, mit dem Aufrufe der Herren von Eichmann und von Ernsthausen in der Hand, habe ich eher einen Anhalt. — Wenn ich diese Verhältnisse gerade bei Gelegenheit der Etatberathung zur Sprache gebracht habe, so glaube ich dies thun zu müssen, weil die hervorgehobenen Mängel die ganze Organisation betreffen und eine Aenderung derselben dringend nothwendig ist. (Bravo links.)

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Der Herr Abgeordnete hat meine Thätigkeit in zwei Perioden getheilt: in die Zeit bis 1866 und von 1866 bis jetzt. Bis 1866 hätte ich auf die Wahlen und auf die Zusammensetzung dieses Hauses einzuwirken gesucht; dies ist allerdings geschehen; es war die Erfüllung einer heiligen Pflicht (lebhafter Beifall rechts) und wenn mir weiter nichts gelungen ist, als die Partei niederzuhalten, der der Herr Vorredner angehört, so glaube ich mir einen Anspruch auf die Dankbarkeit des Vaterlandes erworben zu haben. (Lebhafter Beifall rechts.) Wenn sie nicht niedergehalten worden wäre, dann hätten wir das glorreiche Jahr 1866 nicht gehabt. Nach 1866 ist allerdings mir und jedem andern Minister die Aufgabe zugefallen, zu organisiren, und wir sind dieser Aufgabe nach Kräften nachgekommen. Wenn ich mir auch nicht zutraue, daß ich ein hohes Genie für Verwaltungsorganisation hätte, so glaube ich doch, hierin denen gleich zu stehen, die mich am schärfsten attaquiren. (Bravo! rechts.) Ein System aufstellen, ist sehr leicht, man hat aber mit den gegebenen und den verschiedenartigsten Verhältnissen zu thun. Man sitzt mit acht Gleichberechtigten im Ministerium, man ist Diener seines Königs; ein System kann leicht im Kopfe eines Einzelnen entstehen, wie es aber zur Ausführung kommt, ist Sache der Umstände, die mitwirken, wenn es zur Ausführung kommt. Es ist leichter kritisiren, als schaffen. — Der Herr Abgeordnete wendet sich gegen mich persönlich, wie ich die Beamtenstellen meines Ministeriums und in den höheren Verwaltungskreisen besetze. Er lobt mich, daß ich darin parlamentarischen Sinn entwickle und tadelt mich zugleich, daß ich die Mitglieder meines Vertrauens ans dieser (auf die rechte Seite deutend) Seite des Hauses wähle.

Meine Herren, daß ich in dieser Beziehung parlamentarisch bin, versteht sich von selbst, weil man natürlich zuerst an diejenigen Personen denkt, die einem durch nähere Berührung als tüchtige, brauchbare und patriotische Männer bekannt sind. In dieser Beziehung kann ich mir aber nur solche

Leute auswählen, die meiner politischen Meinung nahe stehen; ich kann mir doch nicht meine eigenen Feinde ins Lager locken. (Bravo rechts.) Es wäre — ich weiß nicht recht, wie ich sagen soll — es wäre eine Art Blödsinn (Beifall rechts, Zeichen der Verwunderung links), wenn ich mir Leute, mit denen ich arbeiten soll, aus des Feindes Lager hernähme, wenn ich mir Leute auswählte, die nur darauf bedacht sein könnten, meinen Intentionen zu widerstreben. (Sehr richtig; rechts.) Es ist, glaube ich, zum ersten Male im Leben, daß einem Minister der Vorwurf gemacht wird, sich Beamte aus Leuten zu wählen, die der Parteirichtung angehören, der er selbst angehört. Im Uebrigen glaube ich, daß ich in der Wahl der Beamten gerade nicht unglücklich gewesen bin. Die paar Namen, die hier citirt worden sind, gehören gerade zu den ausgezeichnetsten Beamten, die wir haben. — Der Herr Abgeordnete geht darauf über zu sagen, die jetzige Organisation und deren Unhaltbarkeit beweise sich recht deutlich am Nothstand in Preußen. Wie dieser hierher gehört, ist mir zwar schwer begreiflich (Widerspruch links), es ist mir aber aufrichtig angenehm, daß ich Gelegenheit habe, hierüber mich aussprechen zu können. Den Vorwurf, daß die Behörden in Preußen ihre Schuldigkeit nicht gethan haben und jetzt noch nicht thun, weise ich mit aller Entschiedenheit zurück. (Bravo rechts.) Die Behörden sind davon unterrichtet gewesen, daß ein Nothstand drohe und haben auch mich sofort unterrichtet. In der Natur der Sache lag es aber, daß überhaupt das Bewußtsein über den Eintritt des Nothstandes und den möglichen Umfang desselbeu im vorigen Jahre erst sehr spät zum Bewußtsein kam.

Bis September täuschte man sich, wie eigentlich der Ausfall der Ernte sein werde. Sobald es aber festgestellt war, daß der Ausfall der Ernte nicht einmal zur neuen Aussaat ausreichte, da erst trat der volle Begriff des Nothstandes ein, und die Regierung ist im richtigen Augenblick davon benachrichtigt worden. Sie hat nicht gesäumt einen Plan zu entwerfen, wie ist zu helfen? Welche Aufgabe stellt sich der Frage gegenüber der Staat? Welche Aufgabe muß in dieser Beziehung an die Commune gestellt werden? Welche Aufgabe stellt sich der Fiscus? Die Resultate dieser Besprechungen sind mit den Abgeordneten aus den Provinzen Erörterungen unterworfen worden und haben nach allen Richtungen die Billigung dieser Herren erhalten und darauf hin ist das Gesetz entworfen worden, das den Kammern vorgelegt wurde. Wenn der Hr. Abgeordnete daraus einen Vorwurf macht, daß während der Vorberathung noch eine Million zur Summe hinzugesetzt worden wäre, so ist dies nicht richtig; es war bereits im Augenblicke noch eine Million angewiesen worden. Diese Million mußte in dieses Gesetz hineingeschoben werden, weil keine Deckung vorhanden war. Wenn ich aber heute sagen wollte, die Regierung hätte mit diesem Gelde allen ihren Verpflichtungen genügt, so wäre dieses falsch; während der ganzen Discussion ist darauf hingewiesen worden, daß das das augenblickliche Bedürfniß ist, die Regierung aber immer neue Ansprüche in dieser Beziehung an das Haus machen wird. Die Weisungen der Regierung sind aufs Strikteste und mit größter Thätigkeit befolgt worden. Es ist namentlich den Behörden zuzuschreiben, alle Corporationen, welche zur Armenpflege verbunden sind, in eine lebhafte Thätigkeit versetzt zu haben, und Gott sei Dank! ist der Wohlthätigkeitssinn der ganzen Bevölkerung erwacht, um Gaben für die Nothleidenden zusammenzubringen.

Es ist ein Factum eingetreten, was ich in seinem ersten Anstoße nicht zu charakterisiren vermag. Es sind aus Ostpreußen zwei oder drei Artikel über den Umfang der Noth lancirt worden, die sofort als sehr interessante und in das Herz und Gemüth gehende Beschreibungen des Nothstandes ihren Lauf durch alle Zeitungen gemacht haben. Diese allarmirenden und enorm übertreibenden Artikel haben die öffentliche Meinung eine Zeit lang beherrscht und das Volk in zwei Theile gespalten. Die Einen sagten: Dort hungern Hunderte von Menschen, ohne daß sich die Regierung darum bekümmert, die Andern: Dies ist unwahr und folglich ist Alles unwahr, was wir über den Nothstand hören; die Ostpreußen wollen Capital schlagen aus einer schlechten Ernte, die sie gehabt haben. Auf der einen Seite warf man also den Stein auf die Regierung, auf der andern Seite ist man dahin gekommen, die Hände lieber in die Tasche zu stecken, als sie zum Geldgeben zu benutzen. Da ist nur eine Art zu helfen, dadurch, daß ich Leute dort habe, die mir getreulich in jeder Woche Bericht erstatten, wie es in jedem einzelnen Kreise steht, und daß ich diese Berichte an einem Orte veröffentliche, der die Gewähr giebt, daß sie von der Staatsregierung kommen. Ich bitte, diesen Artikeln und diesen Schilderungen die Aufmerksamkeit zuzuwenden, die sie verdienen, sich aber nicht durch die einzelnen Hilferufe und Hilfeschreie bestechen zu lassen. Zu diesen gehören zum großen Theil auch die Hilferufe derjenigen Comite's und Vereinigungen, die, in der besten Absicht viel Geld zu bekommen, ein Bischen warm malen, und der Aufruf, der verlesen worden, ist jedenfalls vom Oberpräsidenten Eichmann unterzeichnet worden, von ihm als Mitglied eines solchen Comite's und nicht als Oberpräsident (Heiterkeit rechts), aber das kann ich versichern, daß die Berichte, die mir in den letzten drei Tagen zugestellt wurden, sich darin concentriren, daß „die Organisation für die Maßregeln, die ergriffen werden, um dem Nothstande zu begegnen, mit jedem Tage zunimmt, und ich hoffe in nächster Frist jede Besorgniß verscheucht zu sehen".

Das ist der Knotenpunkt, um den es sich dreht. Wenn sie sagen: wir haben nicht gehört, daß der Minister selbst nach Ostpreußen gegangen ist, um sich zu überzeugen, wie es dort steht, so kann ich die Versicherung geben, daß es mich als Ostpreußen oft und mit aller Macht nach Ostpreußen gezogen hat. Ich habe mich aber gefragt: Ist es sachlich richtig? Was soll ich dort thun? Die Behörden thuen das Ihrige, und was dort geschieht, weiß ich durch die Berichte der Behörden, die die Sache besser kennen, als ich. Rath geben kann ich ihnen nicht und wenn ich nach der Provinz komme, so glauben sie, ich komme mit vollen Taschen, und die habe ich nicht; ich habe nur so viel, als Sie mir bewilligt haben (Heiterkeit). Die Behörden thun ihre Schuldigkeit. Die Herren von Ernsthausen und Maurach sind Tag und Nacht auf dem Wagen, fahren umher, um die Kreisstände zusammenzuberufen, um die Noth auf jede mögliche Weise zu lindern. Ein hochgestellter General, der von Ihrer Majestät der Königin dorthin beauftragt war, hat mir gestern gesagt: „Ich muß sagen, man kann mit Ruhe zurückkommen, eine so bewunderungswürdige Thätigkeit, wie die des Regierungspräsidenten und der dortigen Behörden, läßt keine Befürchtung aufkommen." Ja, meine Herren, das ist menschlich, ob es ganz richtig ist, ist eine andere Frage. Ich weiß in der That nicht, welches Resultat ich aus dem Vortrage des Herrn Vorredners ziehen soll; auf mich hat er den Eindruck der Negation gemacht, die ja die Partei des Herrn Vorredners charakterisirt und gesteigert ist durch den Aerger, unterlegen zu sein. (Beifall rechts.)

Abg. Grumbrecht: Obwohl ich den Standpunkt des Herrn Ministers nicht theile, so muß ich dem Abg. Virchow hinsichtlich der hannöverschen Verhältnisse, die er berührt hat, bemerken, daß alle die Verwaltungsmaßregeln, über welche er sich beklagt, mit dem Willen des Landes und meist auf einstimmigen Wunsch der zu Rathe gezogenen Vertrauensmänner erfolgt sind. Alles das, was uns nicht gefiel, lag auf dem Gebiet der Justizpflege, auf dem der Verwaltung können wir mit dem Herrn Minister des Innern wohl zufrieden sein. Ich hielt es für meine Gewissenspflicht, den Angriffen des Abg. Virchow gegenüber dies hier zu konstatiren. (Beifall rechts).

Abg. Waldeck: Ich werfe dem gesammten Staatsministerium vor, daß es ohne jeden einheitlichen Plan mit dem gegenwärtigen Etat an die Häuser des Landtages herantritt. Daran krankt unsere ganze Berathung, das zeigt uns die Fluth von Anträgen zu den einzelnen Positionen. Wenn der Herr Minister sich dazu Glück wünscht, daß er in der ersten Periode seiner Amtsthätigkeit unsere Partei niedergehalten habe, so möge er sich überzeugen, daß man selbst in der Zeit der höchsten Glorie und des Triumphes die liberale Partei nicht entbehren konnte und daß die Regierung andererseits in trüben Zuständen auch mit der reactionären Partei allein nicht auskommt. Ohne den einheitlichen Plan in der Verwaltung helfen uns alle Anträge Nichts. Der erste Grundsatz, auf den man zurückgehen muß, ist die Selbstständigkeit der Gemeinde, statt ihrer versucht man wieder auf Grund eines ständischen und feudalen Princips zu organisiren. Durch Maßregeln die politische Stimmung des Landes umzuwandeln, dazu reicht die Macht eines Ministers nicht aus. Er kann wohl durch Drohungen liberale Wühler vom Wahltische zurückschrecken, wenn er aber behauptet, unsere Partei, d. h. die Majorität des Volkes besiegt zu haben, so gleicht er einem Kinde, das sein Gesicht mit einem Tuch bedeckt und dann von Niemand gesehen zu werden glaubt. Durch den Rausch der Gloria ist wohl Gleichgiltigkeit und Indifferentismus in das Volk gedrungen, daß aber sich die liberale Idee nicht geändert hat, das sehen Sie an dem Beispiele des besiegten Oesterreich, wo dieselbe mehr in der That zur Geltung gekommen ist, als bei uns auf dem Papiere. Dem Nothstand hätte nur ein lebendiges Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Leben, welches das Uebel rechtzeitig an die Oeffentlichkeit gebracht, vorbeugen können. Nur auf dem Principe der Selbstverwaltung der Gemeinde, Kreise und Provinzen kann die Reform der Verwaltung durchgeführt werden. Gemeinde, Kreis und Provinz, so reformirt, sind die natürlichen Räthe der Regierung, sind zugleich ihre ganz natürlichen eigenen Administratoren. Das versuchen Sie, wenn Sie wollen! Ich weiß sehr wohl, daß Sie es nicht thun werden, aber Sie sollen uns nicht vorwerfen, daß wir Ihnen nicht sagen, was wir für das Rechte halten. (Lebhaftes Bravo links.)

Minister des Innern: Wenn ich vom Niederhalten einer Partei gesprochen habe, so ist mir dabei nicht in den Sinn gekommen ein Niederhalten der liberalen Partei. Ich habe gesprochen von der Fortschrittspartei. Ich habe auch nie geglaubt, daß ein conservatives Ministerium ohne Mitwirkung der liberalen Partei regieren könne, eben so wenig wie ich glaube, daß ein liberales Ministerium ohne die conservative Partei regieren könnte. Ich glaube aber wohl, daß ein jedes conservative Ministerium ohne die Fortschrittspartei wirken kann und wirken muß.

Abg. Heise: Der Abg. Virchow hat heute den Beweis gegeben, daß man ein ganz tüchtiger Anatom sein kann, ohne auch nur die Spuren einer gesunden politischen Auffassung zu besitzen. Daß er ein schlechter Prophet ist, wissen wir schon lange, den schlechten Propheten glaubt man aber nicht, also verschone er uns mit seinen Prophezeiungen. Wenn seine Kritik über die Verwaltung und die Kritik über die Justiz von dem Abg. Lasker richtig sind, dann ist nicht blos etwas faul im Staate Preußen, dann ist der ganze Staat Preußen faul. Nehmen sich diese Herren doch ein Beispiel an den Abgeordneten aus Hannover! Wenn ich deren Lobpreisungen hannoverscher Zustände auch nicht überall als richtig anerkenne, so ehre ich doch den Standpunkt, von dem aus solche Behauptungen gemacht werden. Soll dem Herrn Minister daraus ein Vorwurf gemacht werden, daß er tüchtige, strebsame Leute zu seinen Beamten wählt und daß er dieselben von dieser Seite her wählt? Hätte der Herr Minister alberne, dumme Leute auswählen wollen, so würde er sich allerdings wohl an andere Herren gewendet haben. (Große Heiterkeit rechts.)

Der ostpreußische Nothstand ist in diese Debatten an den Haaren herbeigezogen. Verlangt Herr Virchow von dem Minister des Innern eine Einwirkung darauf, daß es heute regnet, daß morgen Sonnenschein ist? Sobald der Nothstwnd verlautete, ist mit aller Energie von der Regierung eingeschritten worden. Der citirte Aufruf aus Ostpreußen muß natürlicherweise schwarz malen, damit die Wohlthätigkeit angeregt werde. Ich muß den Abgeordneten Virchow doch bitten, sich nicht in derartigen Aeußerungen zu ergehen, wenn die rechte Seite des Hauses sich nicht — zwar nicht absichtlich — aber doch ganz unabsichtlich, während er spricht, aus dem Hause verziehen soll. Der demokratischen Partei ist jetzt der Boden unter den Füßen entzogen, sie ist gestrichen aus der Rechnung der großen liberalen Partei, will sie in dieselbe wieder aufgenommen werden (Gelächter links), dann muß sie ihre Principien ändern (verstärktes Gelächter links), dann muß sie vor Allem ihre antipatriotische Haltung aufgeben. (Der Präsident erklärt einen solchen Vorwurf für unzulässig; Redner erwidert, er habe gesprochen von der Partei im Lande, nicht von der Partei im Hause.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. v. Saucken-Julienfelde: Zweien Behauptungen muß ich entgegentreten: Der Herr Vorredner hat gesagt, daß die Regierung von vornherein mit aller Energie dem Nothstande entgegengearbeitet habe; und der Herr Minister des Innern, daß die Zeitungsberichte auf ungeheurer Uebertreibung beruhen. Wenn der Herr Minister diese Aeußerung vor vielleicht 5 Wochen gethan hätte, würde er vielleicht Recht haben. Ich weiß es aus ganz authentischen Nachrichten, daß in den Kreisen Gumbinnen und Pillkallen der Nothstand ein ganz ungeheurer ist. (Hört, hört!) Wenn der Minister diese Kreise bereisen oder seine Landräthe hinschicken würde, würde er finden, daß dort eine sehr große Masse Menschen hungern (hört! hört!), und daß auf den Straßen Leute gefunden worden sind, die verhungert und erfroren waren (hört! hört!); und erfroren wären sie nicht, wenn sie nicht vorher von Hunger entkräftet gewesen wären (hört! hört!). Im Kreise Darkehmen haben die Kreisvorstände und Landräthe nach einer Rundreise im Kreise constatirt, daß sie in einer Menge von Dörfern nicht geheizte Stuben und darin halb nackte Menschen, auf Lumpen liegend, vorgefunden haben (hört! hört!). Andere Berichte bestätigen dies; ein Landrath sagt mit dankenswerther Offenheit in seinem Berichte: „Fragen Sie mich darnach, was die arbeitenden Klassen leiden, so fehlen mir die Worte, um diesen schrecklichen Zustand auch nur andeuten zu können." (Hört! hört!)

Als ich im Herbste vorigen Jahres hierher kam, habe ich mit dem Herrn Minister über die Sache conferirt; ich war erfreut darüber und erkenne es mit Dank an, daß der Herr Minister die größte Bereitwilligkeit zeigte, auf unsere Vorschläge einzugehen. Als ich aber nach einiger Zeit wieder in die Provinz zurückkam, sah ich, daß Alles, was der Minister zugesagt hatte, nur auf dem Papiere stand (hört! hört!), daß wenig oder noch gar nichts ausgeführt war (hört! hört!); die Arbeit an den Eisenbahnen, wofür damals noch günstige Zeit war, war nur theilweise begonnen, die Accordsumme war nicht erhöht. Der Minister hatte für einzelne Kreise 10,000, resp. 15,000 Thlr. angewiesen zur augenblicklichen Unterstützung der Armen. Ein großer Theil der Bauern konnte die Unterstützung aber nicht acceptiren, weil die Staatsregierung bindende Verpflichtungen dafür verlangte, daß die Summe nach 3 Jahren schon wieder zurückgezahlt werden solle. — Außerdem erhob sich dabei sofort ein Principienstreit, der der schnellen Vertheilung hinderlich war, der Streit über das Princip der Armenpflege überhaupt. In dem Gesetz über die Armenpflege wird festgestellt: „Jede Commune muß ihre Armen ernähren; und der Kreis soll die Commune nur dann unterstützen, wenn ihre Mittel nicht ausreichen". Außerdem hat sich bei der Armenpflege durch langjährige Praxis der Grundsatz herausgebildet, daß im Sinne des Gesetzes nur derjenige als arm betrachtet wird, dessen Körperkräfte so schwach sind, daß er absolut nicht arbeiten kann. — Alle diese Umstände trugen dazu bei, daß die Hilfe keine wirksame sein konnte.

Wir hatten nun ferner den Antrag gestellt, daß man in den königlichen Forsten möglich viel Holz schlagen lassen solle, da dies eine Arbeit ist, die man bei jeder Witterung ausführen kann. Diesem Wunsche ist man aber nur in sehr geringem Maße nachgekommen. In 2 königlichen Forsten sind sämmtliche Leute, die sich zu dieser Arbeit gemeldet hatten, vom Revierförster zurückgewiesen worden; und nach der alten Instruction war er dabei im Recht; denn hiernach sollen Arbeiter zum Roden nur dann zugelassen werden, wenn sie auch gleich Käufer für das gerodete Holz mitbringen. Dazu kommt, daß, wie es durchaus nöthig war, der Arbeitslohn für die Arbeit in den Forsten auch nicht erhöht worden und ich habe in dieser Beziehung aus dem Munde eines königlichen Oberförsters gehört: „die Leute können nicht arbeiten; bei diesem Tagelohn müssen sie verhungern." Nach der Instruction wird ferner der Tagelohn nur an einem bestimmten Tage der Woche ausgezahlt, und es sind deshalb Fälle vorgekommen, daß Leute, die 3¼ Meile zu gehen hatten, und die in der bittersten Noth waren, zurückgewiesen wurden, wenn sie Geld haben wollten, weil sie nicht am festgesetzten Tage kamen. Aus alledem geht hervor, daß die Behauptung des Abg. Heise, daß die Regierung von vornherein mit aller Energie dem Nothstande entgegen getreten sei, nicht richtig ist. (Hört! Hört!) Und ich muß zum Schlusse erklären, daß wenn die Wohlthätigkeit in der Provinz Preußen nicht in so großem Umfange thätig gewesen wäre, noch vielmehr Leute verhungert sein würden, als es bis jetzt schon der Fall ist. (Beifall links; Zischen rechts.)

Der Minister des Innern: Es kann uns doch Beiden nur darauf ankommen, die Sache klar zu stellen, daß es also ebenso wenig in seinem Interesse liegt, die Sache zu übertreiben, als in dem meinigen, sie zu verschweigen. Wir wollen uns also gegenseitig berichtigen und so das Bild geben, wie es wirklich aussieht. Wir können Beide davon ausgehen, daß noch sehr viel sowohl der Privatwohlthätigkeit wie dem Staate zu thun übrig bleibt, aber nicht Uebertreibungen eintreten zu lassen, die jedenfalls viel schlimmer wirken, als sie gut wirken sollen. Ich gebe zu, daß der Kreis Darkehmen mit zu denen gehört, die am meisten leiden; die Regierung berichtet mir, daß gerade die Kreise, in denen der beste, schwerste Boden vorhanden ist, am heimgesuchtesten sind, so der Niederung-Kreis, Pillkallen und Andere. Dort können also arge Mißstände sein, Fälle der Noth, die das höchste Mitleiden erregen. Aber im Ganzen wird das immer so dargestellt, als sei es der natürliche Zustand, daß die Leute dort sterben, daß die Noth, der Hunger und die Kälte ganz schrecklich seien. Solche Uebertreibungen aus dem Tone: wir sind für ewige Zeiten verloren, abgesehen davon, daß sie nicht richtig sind, halte ich für außerordentlich unpolitisch und wenig zweckentsprechend.

Wenn der Herr Abgeordnete sagt, der Staat müsse direct bei der Armenpflege eingreifen, danu muß ich doch sagen, daß ich dies Princip für sehr gefährlich halte, und davon nicht abweichen werde, bis nicht diese Nothwendigkeit zur Evidenz erwiesen wird. Die Armenpflege liegt zunächst dem Armenverbande der Gemeinde ob, und wo der nicht mehr ausreicht, hat der Kreis einzutreten; dies Eintreten des Kreises hat sobald wie möglich zu erfolgen, ehe die Gemeinde so weit verarmt, daß sie ihrer Verpflichtung nicht nachkommen kann. Darauf zu halten, habe ich die Regierungen auf das Strengste angewiesen. Ueber den Begriff, wer arm ist, läßt sich auch streiten; für mich ist die Frage augenblicklich gelöst. In gewöhnlichen Zeiten mag es nur der körperlich Unfähige sein; für jetzt aber muß Jeder für arm gelten, der bei nachgewiesenem Willen zu arbeiten und etwas zu verdienen, nicht dazu im Stande ist. Es kann vielleicht Jemand drei Tage lang arm sein, und am vierten Tage nicht mehr in dieser Lage sein; danach wird sich also auch die Hilfeleistung richten müssen, und darauf habe ich ebenfalls die Regierungen aufmerksam gemacht.

Wenn nun der Herr Abgeordnete sagt, die Intentionen der Regierungen seien gut gewesen, aber die Ausführung habe lange auf sich warten lassen, so gebe ich zu, daß einige Zögerungen eingetreten sind, aber gerade die Unternehmung öffentlicher Arbeiten ist dadurch verzögert worden, daß der Winter so früh und mit solcher Härte eingetreten ist. Die Domänen-Vorwerke und die Bezirke, welche den Domänen-Rentmeistern untergeben sind, werden mir gerade als Muster der Organisation der Armenpflege geschildert. Die Regierungs-Collegien sind angewiesen, fortwährend sich in genauer Instruktion über den Zustand ihrer Bezirke zu halten. Ich bin weit entfernt, zu glauben, daß wir schon über den Berg wären, nur die Besorgniß, habe ich gesagt, es sei gar kein Getreide vorhanden, selbst für den, der es kaufen wolle, oder aber es könne eine wirkliche Hungersnoth, Hungertyphus oder dergleichen eintreten, die ist als beseitigt anzusehen. Es bedarf aber, um bis zum Monat Mai durchkommen zu können, noch ganz bedeutender Anstrengungen, sowohl der Privatwohlthätigkeit, wie des Staates.

Abg. v. Hennig erkennt den guten Willen des Ministers des Innern in der Nothstandsfrage durchaus an, aber er hatte mit den Mängeln der Verwaltungs-Organisation zu kämpfen, z. B. mit der Bestimmung, daß die Kreisstände über einen Gegenstand erst verhandeln dürfen, wenn er vier Wochen lang auf der Tagesordnung gestanden. Wie unglücklich ist das Beschwerdewesen eingerichtet! In der ersten Instanz bekommt man dieselben Gründe wieder zu hören, die die Beschwerde veranlaßt haben und so fort in den höheren Instanzen. Wie ganz anders, wenn die Gemeindeordnung von 1850 heute in Kraft wäre! Die bestehenden Einrichtungen sind so verrottet, daß nur die Tüchtigkeit der Beamten und des Volkes den Staat vor der Gefahr schützt im Großen und Ganzen faul zu werden. Die Hannoveraner empfehlen uns ihre ständischen Einrichtungen, — ich bedanke mich dafür, denn aus dem ständischen Princip kann heute kein lebendiger Zweig mehr hervorgehen, und verzichte lieber für dies Jahr auf die angekündigte neue Kreisordnung. (Beifall links.)

Der Minister des Innern: Wären unsere Einrichtungen wirklich so verrottet, daß sie nur noch durch die Tüchtigkeit des Volkes ihnen selbst zum Trotz aufrecht erhalten werden, dann wären sie wohl schon längst gefallen. In keinem Falle kann ich es gutheißen, diese Anschauung von der Tribüne des Hauses zu proclamiren. Reformbedürftig sind unsere Einrichtungen, z. B. sind die Stände in der Zahl und Bedeutung zu modificiren, aber nicht zu beseitigen, wie nichts zu ignoriren ist, was im Volke noch lebt. Wäre das bäuerliche Element schon jetzt in den Kreistagen so stark vertreten, wie es verlangt wird, so würden statt eines Kreistages zehn die Darlehne während des Nothstandes abgelehnt haben.

Ein Antrag auf Schluß der Discussion wird wiederum abgelehnt.

Abg. Virchow wendet sich rechtfertigend gegen die verschiedeneu Seiten, von denen aus sein erster Vortrag angegriffen worden ist, und verwahrt sich gegen den Vorwurf Heise's, daß er den Propheten spiele. Was solle diese Nachbetung Wagener's? Er, der Redner prophezeihe gar nicht, sondern habe nur zur Sache gesprochen auf Grund des Aufrufs, den der Oberpräsident von Preußen unterzeichnet, und in welchem er die bisher geleistete Hilfe als „verschwindend klein" bezeichnet habe. Sei diese Bezeichnung falsch, so träfe die Beamten, die sie gebraucht, der schwerste Vorwurf; sei sie richtig, so sei es erwiesen, daß Staatshilfe eintreten müsse, wie das Landrecht es vorschreibe. Die rechte Seite des Hauses oder doch die Organe der Presse, die ihr nahe stehn, die Norddeutsche Allgemeine, die Kreuzzeitung und die Provinzial-Correspondenz thäten immer so, als handle es sich um eine übertriebene Darstellung, die eigentlich von der „Zukunft" erfunden sei. Wenn der vom Minister des Innern erwähnte General der General von Troschel sei, so müsse bezweifelt werden, ob derselbe die wahre Sachlage objektiv sehen könne; wenigstens habe er die Mitglieder des Comité's in Insterburg mit den Worten empfangen: M. H., Sie sehen recht wohlgenährt aus, darnach scheint es hier bei Ihnen nicht so schlimm zu stehen. (Heiterkeit.)

Der Minister des Innern bittet sich mit der Person des Abgesandten nicht weiter zu beschäftigen, da dies an einer anderen Stelle einen übeln Eindruck machen könne. Allerdings weise das Landrecht auf den Staat und seine Hilfe hin, jedoch mit dem ausdrücklichen Zusatz, daß er einzutreten habe, soweit nicht durch Gesetze die Sorge für die Armen anderen Organen übertragen sei. An diesem Fundamentalsatze müsse man nicht blos in normalen Zeiten, sondern ganz besonders auch in außergewöhnlichen Nothständen festhalten. So wie der Staat sagt, daß er für die Armen sorgt, so erklärt sich die halbe Provinz für arm; vielmehr muß das Bewußtsein in den Nothleidenden aufrecht erhalten werden, daß die Vorschüsse, die man ihnen giebt, zurückzuzahlende Darlehne sind — sonst sind wir in vierzehn Tagen ausgebeutelt.

Die Debatte wird geschlossen. Abg. Waldeck (zur persönlichen Bemerkung) gegen das „Niederhalten der Fortschrittspartei"; die dargebotene Hand des Abg. Heise, die sehr ehrenwerth sein mag, weise er zurück, da er nicht in der Lage sei, seine Principien zu ändern.

Um 3½ Uhr wird die Sitzung vertagt. Nächste Sitzung morgen (Mittwoch 10 Uhr). T.-O.: Fortsetzung der heutigen.

Berlin, 14. Jan. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Erzbischof von Gnesen und Posen, Grafen v. Ledochowski, den rothen Adler-Orden erster Klasse und dem Kreis-Physikus Dr. Litten zu Neustettin den Charakter ais Sanitätsrath verliehen; ferner den bisherigen Senator Dr. juris Mumm zum ersten Bürgermeister der Stadt Frankfurt a. M. für die gesetzliche zwölfjährige Amtsdauer ernannt.

Der bisherige Bahn-Controleur Schubert ist zum königl, Ober-Güter-Verwalter der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn ernannt worden.

Berlin, 14. Januar. [Se. Majestät der König] empfingen heute Morgen den commandirenden General des Garde-Corps, Prinzen August von Würtemberg, den Polizei-Präsidenten, den Herzog Elimar von Oldenburg, Rittmeister im Regiment Garde du Corps, und nahmen hierauf den Vortrag des Militär-Cabinets entgegen.

[Ihre Majestät die Königin] besichtigte gestern die Bazar-Beiträge und besuchte die fürstlich Radziwillsche Familie. — Im königl. Palais fand ein größeres Diner statt, zu welchem der Herzog von Ujest, der Erzbischof von Gnesen und Posen, Graf Ledochowski, die drei Präsidenten des Herrenhauses und des Hauses der Abgeordneten, sowie mehrere höhere Beamten geladen waren.

[Se. königl. Hoheit der Kronprinz] nahm gestern militärische Meldungen entgegen und stattete der Fürstin Mathilde Radziwill einen Gratulationsbesuch ab.

[Ihre königl. Hoheit die Kronprinzessin] empfing Frau von Jagow, geb. Freiin von Dobeneck. (St.-A.)

[Zum Nothstand in Ostpreußen.] Mit Recht hebt die „Zukunft" hervor, daß zu dem Nothstande in Ostpreußen nicht minder moralische, als materielle Factoren mitgewirkt haben. Sie sagt: Die Provinz Preußen hat eine Reihe hochbegabter, thatkräftiger Männer hervorgebracht, welche fähig gewesen wären, auch unter den ungünstigsten Verhältnissen ihre engere Heimath zur Blüthe zu bringen. Die Provinz ist aber durch die Reaction ihrer tüchtigsten Kräfte beraubt worden. Der Oberpräsident v. Schön gab sich alle erdenkliche Mühe, die Ansprüche der preußischen Städte auf Abwälzung der für den Staat übernommenen Kriegsschulden zur Geltung zu bringen. Er vertrat mit unermüdlichem Eifer die Ansprüche Elbings auf das der Stadt aus der Zeit der polnischen Herrschaft zustehende Territorium. Er wurde entlassen. Die Königsberger petitioniren noch heute um Befreiung von der Schuldenlast, und den Elbingern blieb nichts übrig, als „durch eine förmliche Protestation den späteren Geschlechtern einen Rechtsanspruch zu bewahren, den künftige, wenn auch ferne Zeiten doch noch in ein thatsächliches und anerkanntes Recht umschaffen können." — Einer Reihe der unternehmendsten Privatmänner, die durch gewerbliche Thätigkeit an der Hebung der Provinz arbeiteten, wurde durch unablässige Chicanen, durch den Ekel vor der Reactionsclique der Aufenthalt in der Heimath verleidet, daß sie jenseits des Oceans, oder in England eine neue Heimath, ein dankbares Feld ihrer segensreichen Arbeit suchten. Zahlreiche der tüchtigsten Beamten wurden wegen ihrer politischen Gesinnung entlassen oder versetzt. An ihre Stelle kamen Männer vom Schlage der Herren Peters und Lindenberg. Der Oberbürgermeister Philipps, dessen Verwaltung die mit der Untersuchung gegen ihn betrauten Beamten bewundernd als mustergiltig anerkannten, wurde des Amtes entsetzt. Eduard Flottwell, Hugo v. Hasenkamp, Landrath Reuter — — die Aufzählung der politisch verfolgten Talente Preußens würde ganze Spalten füllen. Nur noch auf die in der Ausübung ihres Berufes gehinderten Lehrkräfte, v. Witt und Dedroit, Herzberg, Kreyssig, Büttner, Ohlert, Benecke bis zum Rector Marcus, sei hingewiesen. Wenn die „Provinzial-Correspondenz" über den Nothstand nicht berichten kann ohne Anspielung auf den moralischen Zustand Preußens, so möge sie in Erwägung ziehen, wodurch das sittliche Niveau der Provinz gesunken ist.

♂ [Graf v. d. Goltz.] Endlich ist das Geheimniß, wel.. es

über die Reise des Grafen Goltz geschwebt, gelöst, wenigstens was die Natur der Krankheit betrifft, welche diese Reise veranlaßt hat, denn im Uebrigen hat sich vollkommen bestätigt, was wir von Anfang an gesagt, nämlich, daß diesem Ausfluge nach Berlin durchaus keine politischen Motive zu Grunde gelegen, sondern daß der Graf nur hergekommen, hiesige Aerzte zu consultiren, die Operation selbst aber in Paris vornehmen zu lassen, war er von Anfang an entschlossen. Und zwar litt er nicht, wie man von hier aus gemeldet, an den Augen, auch nicht, wie französische und belgische Blätter gesagt, an der Leber, sondern sein Leiden war ein Zungenleiden, daß eine Operation nöthig machte. Dieselbe ist nun, wie Berichte von dort her melden, vollständig gelungen, nur wird der Graf sich noch etwa 14 Tage von den Geschäften zurückhalten müssen.

♂ [Der Vertreter Dänemarks] ist wieder, wie schon bekannt geworden und wir bestätigen können, hier eingetroffen, hat sich auch im auswärtigen Ministerium bereits vorgestellt. Wie man hört, hat seine Regierung ihm einen Special-Commissarius zur Seite gestellt, um die Verhandlungen mit Preußen mit neuer Energie wieder aufzunehmen, so daß man voraussetzen darf, daß dieselben bald beginnen und näher auf die Streitfragen eingehen werden.

[Einladungen.] Wie die „Kreuz-Ztg." hört, haben zu dem diesjährigen Ordensfeste sämmtliche Damen des Luisen-Ordens Einladungen erhalten.

[Für die Armirung] von Sr. Majestät Panzerfahrzeug „Arminius" sind 4 Gußstahl-72-Pfünder von 180 Centnern Rohrgewicht bestimmt.

Insterburg, 13. Jan. [Zur Abhilfe des Nothstandes] in Ostpreußen sind auf dem Kreistage zu Quedlinburg auf Verwendung des Stadtraths Korn, wie bereits gemeldet, 2000 Thlr. bewilligt worden. Stadtrath Korn ist der für unsere Stadt gewählte Bürgermeister, dessen Anwesenheit wir jetzt so sehr dringend bedürfen, dessen Bestätigung leider immer noch nicht erfolgt ist. (Pr. L. Z.)

Magdeburg, 10. Jan. [Die Arbeiter der Gruson'schen Maschinenfabrik] in Buckau haben ein eintägiges Arbeitslohn im Gesammtbetrage von 300 Thlrn. zur Vertheilung an die Nothleidenden in Ostpreußen überwiesen.

Düsseldorf, 14. Jan. [Confiscation.] Die gestrige Nr. (13) der „Rh. Ztg." wurde während des Druckes wegen des Artikels über den Nothstand von der hiesigen Polizei mit Beschlag belegt. Mit Auslassung der betreffenden Stelle ist eine zweite Ausgabe veranstaltet worden.

Weimar, 13. Jan. [Die Eröffnung des Landtags] des Großherzogthums hat gestern unter den üblichen Formalitäten mit Verlesung der Propositionsschrift stattgefunden. Dies sehr umfangreiche Actenstück hebt gleich im Eingange hervor, daß „nach Jahrhunderte langem Sehnen und Kämpfen, Dank der wunderbaren Fügung Gottes, die feste Grundlage gelegt sei, auf welcher Deutschland dauernd zu der Macht und Selbstständigkeit, welche ihm die Möglichkeit ungestörter innerer Entwickelung verbürgt, gelangen kann und gelangen wird". Der gleiche Ton unbedingter und rückhaltsloser Würdigung der neuen Verhältnisse Deutschlands charakterisirt das ganze Document, in welchem nach Erwähnung der zwischen Bundesrath und Reichstag zu Stande gekommenen Gesetze, die „Zeugniß ablegen von dem Streben der Bundesgewalt, die gemeinsamen Interessen kräftig zu fördern und hoffen lassen, daß mit Besonnenheit und Ausdauer auf dem betretenen Wege auch das entferntere Ziel, die Vereinigung mit dem Süden", die Aufgabe der einzelnen Staaten folgendermaßen fixirt wird: „in loyalster Weise nach allen Kräften fördern, was die Verfassung in die Gemeinschaft gezogen, in energischster Weise kräftig entwickeln, was sie auf dem Felde geistiger und materieller Interessen den einzelnen Staaten überlassen."

München, 10. Jan. [Sonderbare Gerüchte] durchziehen die Stadt und verursachen große Aufregung. Auf das Bestimmteste wird behauptet, daß österreichisch-französische Einflüsse im Verein mit ultramontanen und particularistischen thätig seien, um Fürst Hohenlohe zu stürzen. Man bezeichnet zunächst die Kriegspartei in Wien (Bloome, Biegeleben, Max v. Gagern), Fürst Metternich in Paris, die Mitglieder der französischen Gesandtschaft in München und die bekannten politischen Zukunftsmusikanten als diejenigen Personen, welche das Intriguennetz spinnen. Es wird ferner behauptet, daß auch das baierische Ministerium des Innern der Sache nicht fern stehe, und daß auch die Uebertragung des Verkehrs der Staatsregierung mit der Presse auf das Ministerium des Innern, mit völligem Ausschlusse des Ministeriums des Aeußern, eine Folge hiervon sei. Die Stellung des Hrn. Fröbel als Haupt-Redacteur der „Südd. Ztg." wird ebenfalls als sehr erschüttert bezeichnet, weil dieser sich weigern soll, dem Interesse der französisch-österreichischen Intriguen zu dienen.

München, 11. Januar. [Gegen den Fürsten Hohenlohe.] Der See rast bei uns schon wieder und will sein Opfer haben. Das badische Manifest zu den Zollparlamentswahlen, das schon die Stuttgarter in Harnisch gebracht, hat bei uns die Wirkung gehabt, alle Minister zu entzünden, um den Fürsten Hohenlohe aus dem Amte zu drängen. Vorläufig wird erzählt, der Minister sei schon gestürzt. Ist Jedermann an den Gedanken gewöhnt, dann ist die Ausführung sehr leicht. Da ein Conflict zwischen dem Fürsten und dem Kammerausschuß nicht vorhanden ist, so wird der zwischen dem Ausschuß und dem Minister des Innern, Freiherrn v. Pechmann, wegen des Verwaltungs-Gerichtshofes ausgebrochene dazu benützt. Der Widerstand des Ministers soll durch den Fürsten gestützt werden, und darum müssen Beide fallen. Die Vorlage des Gesetzes über den Verwaltungsgerichtshof ist allerdings nicht von Herrn Pechmann allein, sondern vom gesammten Staatsministerium ausgegangen. Uebrigens aber ist dieser Entwurf so liberal, daß man sich in Norddeutschland Glück dazu wünschen könnte, wenn man ihn als Gesetz erhielte. Ich bezweifle wenigstens, daß Herr v. Bismarck und seine Collegen sich bereit finden lassen würden, ihn zu unterschreiben. Außerdem soll der Minister des Innern reactionäre Absichten gegen die Presse im Sinne haben und darüber gleichfalls vom Fürsten Hohenlohe unterstützt werden. Der eigentliche Grund aber ist, daß befürchtet wird, das gegenwärtige Ministerium könnte im Zollparlament zu einer Ausdehnung der Competenz desselben auf die im Art. 4 der norddeutschen Verfassung enthaltenen Wirthschafts- und Verkehrsverhältnisse nicht die Hand bieten. Der Ausspruch des Ministers in der Kammer der Reichsräthe: unter Selbstständigkeit Baierns sei nicht Isolirtheit, sondern Erfüllung nationaler Pflichten zu verstehen, hat ihn in den Augen der Particularisten aller Schattirungen, der ultramontanen so wie der radikalen, als den Mann erscheinen lassen, der mit einem Fuße im preußischen Lager stehe, um Baiern hinüberzuziehen. (B.- u. H.-Z.)

Stuttgart, 12. Jan. [Zum Streit mit Baden.] Dem hiesigen „Staatsanzeiger" ist es doch bedenklich erschienen, die Fehde gegen die badische Regierung fortzusetzen. Das amtliche Blatt bringt eine kurze, von der Redaction unterzeichnete Note, in welcher behauptet wird, die neuliche Aeußerung über die badischen Minister sei nur in einer „Privatcorrespondenz" enthalten gewesen, während die „Karlsr. Ztg." jetzt eine „officielle" Erwiderung enthalte. Die angestimmte Tonart mache „eine ruhige materielle Besprechung" des Gegenstandes unmöglich.

Oesterreich.

Wien, 14. Januar. [Die Gerichte. — Das Concordat.] Die Gerichte werden durch eine Verfügung des Justizministers angewiesen, die Ausfertigungen der Urtheile und Erkenntnisse forthin mit den Worten „Im Namen des Kaisers" zu beginnen. — Dem „Tagblatt" zufolge hat die Regierung die Absicht, statt des Concordats einen neuen Vertrag aufzustellen, welcher den neuen Staatsgrundgesetzen entspricht. Falls Rom die Aufhebung des Concordats verweigere, werde die Gesetzgebung ohne Rücksicht auf das Concordat vorgehen.

Wien, 14. Januar. [Die Leiche Kaiser Maximilians.] Die Brüder des Kaisers werden morgen nach Triest abreisen, um die Leiche des Kaisers Maximilian einzuholen. — Wie die „Oesterreichische Correspondenz" vernimmt, hat der Kaiser dem Baron v. Magnus die erste Klasse des Ordens der eisernen Krone verliehen.

Graz, 11. Januar. [Zur Affaire Chorinsky-Ebergenyi.] In dem Proceß über die Vergiftung der Gräfin Chorinsky dürften nunmehr die Aussagen des hiesigen Hof-Photographen Herrn Angerer gegen die Baronesse Julie Ebergenyi die wesentlichsten Beweismittel liefern. Sieben Tage vor der Vergiftung der Gräfin Chorinsky kam ein Neffe des Herrn Angerer in die Wohnung der Baronesse Ebergenyi. Nach kurzer Besprechung erfuhr sie, daß derselbe ein Neffe des Hof-Photographen Angerer sei, worauf sie sich sogleich angelegentlichst erkundigte, ob sich Herr Angerer auch mit dem Verkaufe von Chemikalien befasse. Ueber die bejahende Antwort jenes jungen Mannes bat sie denselben inständig, sofort für sie alle nur vorhandenen Chemicalien, insbesondere Giftstoffe, als Proben bestellen und ihr umgehend mit Rechnung zusenden zu wollen, weil sie dieselben für eine entfernte Freundin benöthige, welche sich mit der Photographie beschäftige. Der junge Mann hatte jedoch im Drange seiner Geschäfte die Effectuirung dieses Auftrages unterlassen und schon nach drei Tagen, also kurz vor der traurigen Katastrophe, erhielt Herr Angerer einen Brief, von der Baronesse Vay unterschrieben, womit ihn dieselbe dringend ersuchte, ihr mit einer genau verzeichneten Rechnung alle vorhandenen Chemicalien in kleinen Quantitäten ungesäumt zuzusenden. Ohne etwas Arges zu ahnen, sandte Herr Angerer das Gewünschte und erhielt auch wirklich den angesprochenen Betrag dafür bezahlt. Als nun Herr Angerer aus den Zeitungen den Vorgang mit der Gräfin Chorinsky erfuhr, stellte er sich selbst bei dem Untersuchungsrichter des hiesigen Landesgerichts, präsentirte den Bestellungsbrief der Baronesse „Vay" und erkannte das ihm vorgewiesene Fläschchen als dasjenige, womit er an die Baronesse den Giftstoff versendet hatte. Derselbe wurde eidlich vernommen, somit vollständig constatirt, daß Baronesse Ebergenyi für ihr vorberechnetes Unternehmen den Giftstoff bei Hrn. Angerer angekauft habe.

Belgien.

Brüssel, 14. Januar. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer gab der Ministerpräsident Frère-Orban Erklärungen über die Motive der Ministerkrisis. Die Frage wegen der Schulen für Erwachsene hatte den ersten Anstoß gegeben und die Minister des Auswärtigen und des Innern, Rogier und Vandenpeereboom, veranlaßt, ihre Demission einzureichen. Sodann zogen die Aenderungen, welche die Sectionen der Kammer an der Heeresreformvorlage vornahmen, die Demission des Kriegsministers, Generals Goethals, nach sich. Das neue Cabinet wird, erklärte der Ministerpräsident, das Reglement für die Schulen für Erwachsene abändern und den Gemeinden das Recht belassen, die Geistlichen zur Mitwirkung bei dem Unterrichte zuzuziehen. Es wird ferner die Vorlage, betreffend den Bau einer Festung auf dem linken Scheldeufer aufrechthalten und die Frage wegen Errichtung einer Festung im Norden einer erneuten Prüfung unterziehen. Die allgemeinen politischen Gesichtspunkte des Cabinets haben sich nicht geändert.

Sprechsaal.

Volksküchen oder Suppenanstalten?*)

Die Zeitungen bringen die Nachricht, daß man in Ostpreußen anfängt, Suppenanstalten einzurichten. Ich möchte dem gegenüber zweierlei hervorheben, was ich bei der Einführung der Volksküchen in Berlin von Anfang an vertheidigt habe und was sich seitdem durchaus bewährt hat.

Erstlich in Beziehung auf die Zubereitung der Speisen. Unsere arbeitende Bevölkerung ist im Ganzen wenig an die dünnflüssige Beschaffenheit der Speisen, wie sie aus den Suppenanstalten hervorgehen, gewöhnt, und in der That entspricht dieselbe dem Ernährungsbedürfnisse des Körpers wenig, da ihre Dünnflüssigkeit ganz überwiegend auf einem starken Wassergehalte beruht. Warmes Wasser, sei es in Form von Kaffee oder Thee, sei es in Form von Suppe genossen, kann im Winter als Erwärmungsmittel recht angenehm und nützlich sein, aber man darf nur nicht vergessen, daß es kein wirkliches Ernährungsmittel ist und daß die eigentliche Nahrung daneben gereicht werden muß. Durch Suppen täuscht man das Gefühl des Hungernden; man füllt seinen Magen, aber das Mittel „hält nicht vor". Dazu kommt noch, daß, wenn man Fleisch zu den Suppen verwendet, dieses Fleisch durch das anhaltende Kochen in seinem Nährwerthe verschlechtert wird, indem seine Fasern mehr und mehr unverdaulich gemacht werden. Es empfiehlt sich weit mehr und es entspricht zugleich den Gebräuchen unserer Bevölkerung, die Speisen in Form eines mehr dickflüssigen Breies oder Gemüses anzufertigen, wobei das etwa zu verabfolgende Fleisch gleich mitgekocht wird. Da für den Transport in gegenwärtiger Jahreszeit sich ganz besonders Reis, Erbsen, Bohnen, kurz trockene Früchte, sowie Rauch- und Pökelfleisch empfehlen, so lassen sich auch da, wo der örtliche Mangel die Bestände an Nahrungsmitteln erschöpft hat, alle wesentlichen Bestandtheile einer solchen Speise liefern. Dazu die Einrichtung einer gewissen Zahl größerer Bäckereien nach Art der Feldbäckereien, um für eine ganze Bevölkerung Brot zu liefern und die Hauptsache ist gethan!

Zweitens in Beziehung auf den Grundsatz der Selbsthilfe. Die Suppenanstalt verfolgt in der Regel die Absicht des Almosengebens; die Volksküche will die Speise zum Selbstkostenpreise liefern und nur dem Hilflosen dieselbe umsonst geben. Gegenüber einer so so großen Noth, wie sie in Ostpreußen besteht, kann es nicht zweifelhaft sein, daß man nicht erst fragen darf, ob Jemand hilflos ist oder nicht; hier handelt es sich zunächst darum, mit freigebiger Hand zu spenden. Aber, wo es gelingt, der Bevölkerung Arbeit zu verschaffen, da sollte auch sofort die Verpflichtung zur Zahlung des geringen Preises, der ja auf die Sätze von $1\frac{1}{4}$ bis Sgr. für die Portion gesetzt werden könnte, eintreten. Das hebt nicht nur das Bewußtsein der Einzelnen, sondern es schafft auch die Mittel zur Fortsetzung und Erhaltung der Volksküchen über die eigentliche Nothzeit hinaus. Noch weit in das Jahr hinein, wenn schon die Zuflüsse aus der Ferne stocken, wird Hilfe sehr nöthig sein. R. Virchow.

*) Aus Nr. 2 der von Ludolf Parisius (Gardelegen) trefflich redigirten Wochenschrift „Der Volksfreund".

Provinzial-Zeitung.

\# **Görlitz**, 12. Jan. [Statistisches. — Stadtverordnetenwahl. — Lehrerstelle. — Schulgesetz. — Berlin-Görlitzer Bahn.] Nach dem bereits erwähnten Jahresberichte des Protokollführers der Stadtverordneten wurden 1867 neben 35 öffentlichen nicht weniger als 35 geheime Sitzungen abgehalten, was nur daraus zu erklären ist, daß hier der Magistrat bei einer großen Zahl von Vorlagen die Berathung in geheimer Sitzung beantragt und außerdem alle Personalien geheim berathen werden. In der Regel wird Alles, was die Bürgerschaft interessirt, in geheimer Sitzung berathen, so noch kürzlich die Wasserleitungsfrage, was jedoch nicht hindert, daß die in geheimer Sitzung berathene Vorlage wenige Tage darauf im Gewerbeverein ganz öffentlich discutirt wird. Wozu da die Geheimnißthuerei nöthig ist, eignete sich zu einer Preisfrage. Von den an die Versammlung gelangten 658 Vorlagen sind 20 unerledigt geblieben; im Ganzen wurden 648 Beschlüsse gefaßt. Die Versammlung zählte am Anfang des Jahres 59 Mitglieder, von denen zwei, Partic. Küsell und Dr. Gocksch, starben, und zwei, Dr. Glocke und Partic. Hensel nach Dresden zogen. Von den Stadtverordneten haben nur zwei alle Sitzungen besucht und einer, Partic. Wirth, hat in sämmtlichen Sitzungen gefehlt, wie er schon im vorigen Jahre nur zur Oberbürgermeisterwahl erschienen war; zwei Mitglieder haben noch 29mal gefehlt, im Ganzen besuchte ein volles Sechstel der Versammlung noch nicht die Hälfte der Sitzungen. Da die Stadtverordneten in diesem Jahre noch gar nicht vollzählig gewesen sind, da schon vor der ersten Sitzung der Stadtverordnete Fleischermeister Randig starb, so hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, den Magistrat eine Ersatzwahl für das 60. Mitglied veranstalten zu lassen. Die Wahl erfolgt auf 2 Jahre. — Der Magistrat hat beschlossen, die durch den Weggang des zum Prorector in Breslau gewählten Lehrers Kauffmann erledigte Stelle an der höheren Töchterschule schleunigst auszuschreiben und zwar mit dem geringeren Gehalte von 600—700 Thlr. Wenn es möglich ist, soll die Stelle schon zu Ostern neu besetzt werden. — Das neue Schulgesetz hat hier in allen Kreisen nicht befriedigt. Wie zuverlässig verlautet, hat der Oberbürgermeister Richtsteig in der Unterrichts-Commission des Herrenhauses gegen den Gesetzentwurf gestimmt, den er mit Rücksicht auf die darin nicht beachteten Rechte der Gemeinden für unannehmbar hielt, und Dr. Paur ist gleichfalls entschlossen, in der Unterrichts-Commission des Abgeordnetenhauses gegen den Entwurf zu stimmen und sich für eine transitorische Bestimmung zu entscheiden, durch welche die Dotationsfrage allein vorläufig erledigt wird. Seitens der hiesigen Elementarlehrer ist dem Abgeordnetenhause eine Petition zugegangen, welche nachweist, daß die hiesigen Gehälter bei den hier herrschenden Preisen der Wohnungen und Lebensmittel unzureichend sind und daß selbst für einen einzelnen Lehrer zu auskömmlichem Gehalt eine Erhöhung des Minimalsatzes um 75 Thaler geboten sei. — Der Petition ist ein genauer Etat beigefügt, wie viel ein einzelner Lehrer und wie viel eine Lehrer-Familie mit vier Kindern zum Lebensunterhalte nothwendig gebraucht. — Entgegen Mittheilungen in einem andern Blatte wird mir von verläßlicher Seite versichert, daß die Direction der Berlin-Görlitzer Bahn nicht die Absicht gehabt hat, einen anderen Fahrplan, als den gegenwärtig in Kraft befindlichen durchzusetzen. Vielmehr hat dieselbe mit Rücksicht auf den Kostenpunkt vorläufig auf die Einrichtung des Nachtdienstes ganz verzichtet. Erst wenn die Bahn längere Zeit im Betriebe und das zweite Geleis gelegt ist, will die Direction den Nachtdienst einrichten, wenn sich die Nothwendigkeit herausstellt. Zunächst hofft die Verwaltung ihre Haupteinnahme aus dem Kohlentransport zu ziehen, da die niederschles. Kohlen in Berlin unerwartet großen Absatz finden. Der Verkehr würde noch bedeutender sein, wenn der Bahnverwaltung durch den Handelsminister nicht untersagt wäre, die Kohlen zu einem niedrigeren Tarife, als die Niederschlesisch-Märkische Bahn zu befördern, ein Verbot, das sich freilich durch Ertheilung von Rabatt an die großen Consumenten umgeben läßt. — Morgen wird der Verwaltungsbericht des Magistrats für das Jahr 1866 ausgegeben, der erst jetzt fertig geworden ist. Wir bekommen hier den Bericht regelmäßig erst in dem nächstfolgenden Jahre.

⊙ **Waldenburg i. Schl.**, 9. Januar. [Dem magistratualischen Verwaltungsberichte] entnehmen wir weiter Folgendes aus den Kassenberichten: Die Armenpflege hat im Jahre 1866 1902 Thlr., d. i. 218 Thlr. mehr als im Vorjahre gekostet, von welcher Summe eine Einnahme von 481 Thlr. abgeht, so daß 1421 Thlr. theils durch freiwillige Armenbeiträge, theils durch Hundesteuer (1866: $249\frac{1}{2}$ Thlr.) aufgebracht worden sind. Dies giebt pro Kopf der Bevölkerung nach der Klassensteuerrolle 1866 (7925 Seelen) über $4\frac{2}{3}$ Sgr., im Vorjahre betrug die Fraction $4\frac{1}{12}$ Sgr pro Kopf, demnach ist seit 1864 die Armenlast im Steigen. Die Kopfzahl der Verarmten betrug ult. 1866: 185 Seelen, 142 über und 43 unter 16 Jahren, 2 Seelen mehr als 1865. 2,33 pCt. beziehungsweise 2,41 pCt. der Bevölkerung mußten unterstützt werden. Der Etat pro 1868 schließt in Einnahme und Ausgabe gleich mit 1796 Thlr. ab. — Die eigentliche Kämmereikasse schloß 1866 in Einnahme mit 33,038 und Ausgabe mit 30,138, demnach in Bestand mit 2900 Thlr. An Polizeistrafen sind eingegangen von Einheimischen und Auswärtigen 133 Thlr., an magistratualischen Sporteln 23 Thlr., zusammen 156 Thlr., 35 Thlr. mehr als im Vorjahre. An Einzugs- und Bürgerrechtsgeld sind zusammen 1152 Thlr., 198 Thlr. weniger als im Vorjahre (1865) eingegangen. Das Einzugsgeld ist von 176, das Bürgerrechtsgeld von 39 Personen gezahlt worden. Im Jahre 1867, nachdem das Einzugsgeld schon im Mai aufgehoben worden ist, sind bis ult. October nur eingegangen an Einzugsgeld von 49 Personen 294 Thlr., an Bürgerrechtsgeld von 33 Personen 78 Thlr. An Gebäude- und Grundsteuer sind 1866 zusammen 2763 Thlr., d. i. 65 Thlr. mehr als im Vorjahre gezahlt worden. An Communal-Einkommensteuer sind 1866 9238 Thlr. eingekommen und trotz der Kriegszeit nur 19 Thlr. Rest geblieben. Die Gesammteinnahme der königl. Steuern beträgt 13,626 Thlr. Zu Communalzwecken waren $67\frac{3}{4}$ pCt. der Staatssteuer nöthig. — Die Besoldungen der Beamten betrugen im Jahre 1866 zusammen 3993 Thlr., d. i. 228 Thlr. mehr als 1865. Der Etat pro 1868 setzt 4527 Thlr. aus und wird diese Erhöhung bedingt durch den Eintritt des Normalbesold.-Et. mit 277 Thlr. und durch die neue Besoldung der Baubeamten mit 160 Thlr. — Bezüglich des Geschäftsganges wird bemerkt, daß i. J. 1866 das Hauptgeschäfts-Journal mit 8265 Nummern abschloß, 1867 bis Ende October zählte es 7564 Nummern. — 1866 wurden zur Amortisation der Kämmereischulden ausgegeben zusammen 1264 Thlr., d. i. 124 Thlr. mehr als 1865. Außerdem wurden im Jahre 1866 von den temporair zu Kriegszwecken aufgenommenen Schulden schon 3500 Thlr. abgezahlt. Die sämmtlichen Kämmereischulden betrugen ult. 1866 zusammen 38,761 Thlr. Gegen 1865 haben sich die Schulden um 9785 Thlr. vermehrt. Zu Kriegszwecken sind ausgegeben worden 5783 Thlr. Der Vermögensstand der Kämmereikasse war ult. 1866 folgender: Activa zus. 11,132 Thlr., Passiva 38,761 Thlr., also 27,629 Thlr. mehr Passiva als Activa, gegen 1865: 3235 Thlr. mehr Passiva. Eine Feststellung der Kriegsschuld hat noch nicht erfolgen können, theils weil von Seiten des Staates alle Vergütigungen noch nicht eingegangen und verrechnet worden sind, theils aber auch deshalb, weil die Stadtgemeinde noch von Seiten des Kreises eine Ausgleichung bezüglich der mehr gestellten Fortificationsarbeiter und der Kriegsfuhren beansprucht. — Der Kämmereietat für 1868 weist nach in Einnahme und Ausgabe gleich die Summe von 15,463 Thlr. und müssen an Communal-Einkommensteuer 9050 Thlr. aufgebracht werden, während 1867 nur 7710 Thlr. durch dergl. Steuer haben gedeckt werden müssen, weil die bedeutende Einnahme, welche sonst das Einzugsgeld brachte, nunmehr durch Steuer gedeckt werden muß. Die stattgefundene Communalsteuereinschätzung für 1868 weist ein Simplum von 5249 Thlr. nach, welches, wie bisher, $1\frac{3}{4}$ mal genommen, nur einen Steuerbetrag von 9572 Thlr. ergiebt. Dieses giebt nach Abzug der zur Deckung des Etats nothwendigen Summe nur einen Ueberschuß von 522 Thlr. — Ueber die wachsende und fallende Präſtationsfähigkeit der Stadt giebt die Einschätzung ein richtiges Bild. Die Einschätzung für das Jahr 1865 und zwar $1\frac{3}{4}$ mal das Simplum ergiebt circa 7414 Thlr., 1866: 9238, d. i. 1824 Thlr. mehr, 1867: 9227, d. ist 11 Thlr. weniger, 1868: 9572, d. i. ca. 345 Thlr. mehr. Es können demnach für das Jahr 1868 neue Einrichtungen nur durch Aufnahme von Schulden ins Leben gerufen werden und nur durch Reorganisation unseres Schuldenwesens Mittel für neue Einrichtungen beschafft werden.

△ [Die schlesischen Provinzialblätter] beschreiten mit nächstem Januarhefte, in den Verlag von F. Gebhardi in Brieg übergehend, ihren siebenten Jahrgang (neue Folge, der alten Folge 72. Jahrgang). Die Blätter haben durch ihren reichen Inhalt und die umsichtige Redaction des gegenwärtigen Bibliothekars der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur, Theodor Oelsner, sich bei allen ihren Lesern unentbehrlich gemacht, die namhaftesten Personen unserer Provinz aus allen Ständen haben sie seiner Zeit für ein literarisches Bedürfniß erklärt, und doch ist die Verbreitung der Provinzialblätter noch immer nicht diejenige, welche sie nach ihrem Werthe beanspruchen müßten. Der neue Jahrgang soll sich einer reicheren Ausstattung durch bildliche Darstellung befleißen, insbesondere auch durch Porträts namhafter Schlesier, deren eine Anzahl sowohl mitlebender als verstorbener für die nächsten Hefte vorliegt, besonders interessant werden. Das nächste Heft wird zwei Porträts und eine Abbilduug des Schärff'schen Gewerbehauses zu Brieg bringen. Die Schlesischen Provinzialblätter sind gegenwärtig das Organ der Philomathie zu Oppeln, des wissenschaftlichen Vereins zu Breslau und des Verbandes der Schlesischen Turnvereine. Vom neuen Jahre werden die Provinzialblätter den Titel-Beisatz „Rübezahl" führen. Möchte der schlesische Berggeist den Provinzialblättern nur seine Natur als Schutzgeist zeigen, seine Koboldlaune aber fern halten.

[Uebersicht] des Einwohner-Bestandes bei der Zählung am 3. December 1867 im Regierungsbezirk Liegnitz.

Nummer.	Im Kreise.	Ortsanwesende. Ueberhaupt (Factische Bevölkerung.)	Ortsanwesende. Davon gehören zur Zollabrechnungs-Bevölkerung.	Ortsanwesende. Die übrigen Anwesenden.	Abwesende. Ueberhaupt.	Abwesende. Davon gehören zur Zollabrechnungs-Bevölkerung.	Abwesende. Die übrigen Abwesenden.	Haupt-Zählungs-Ergebniß. Zollabrechnungs-Bevölkerung überhaupt.
1	Bolkenhain	32,626	32,453	173	717	449	268	32,902
2	Bunzlau	58,995	58,663	332	945	484	461	52,147
3	Freistadt	51,688	51,423	265	1327	954	373	59,377
4	Glogau	75,840	75,359	481	955	680	275	76,039
5	Görlitz	83,209	82,691	518	816	651	165	83,342
6	Goldberg-Hainau	50,171	49,940	231	585	494	91	50,434
7	Grünberg	50,815	50,649	166	1474	795	679	51,444
8	Hirschberg	61,671	61,233	438	1218	731	487	61,964
9	Hoyerswerda	31,747	31,650	97	153	97	56	31,747
10	Jauer	33,704	33,225	479	402	205	197	33,430
11	Landeshut	43,585	43,298	287	596	426	170	43,724
12	Lauban	64,490	64,169	321	596	463	133	64,632
13	Liegnitz	69,152	68,585	567	767	604	163	69,189
14	Löwenberg	69,239	68,950	289	691	596	95	69,546
15	Lüben	33,162	32,955	207	159	154	5	33,109
16	Rothenburg	51,782	51,548	234	424	345	79	51,893
17	Sagan	55,059	54,810	249	732	535	197	55,345
18	Schönau	27,155	26,960	195	373	303	70	27,263
19	Sprottau	34,311	34,200	111	303	221	82	34,421
	Summa	978,401	972,761	5640	13,233	9187	4046	981,948

= **Branitz**, Kreis Leobschütz, 14. Jan. [Rinderpest.] Leider sind wir auch jetzt noch nicht der Angst vor der Rinderpest überhoben. So eben geht uns die Mittheilung zu, daß dieselbe in dem uns gegenüber liegenden Dorfe Lobenstein (österreichisch Schlesien), dicht an der Grenze, in einem Bauerngehöft zum Ausbruch gekommen und constatirt worden ist. 5 Stück Rindvieh sind der Pest zum Opfer gefallen, 3 andere getödtet worden, wovon 2 schon krank waren. Die Sperrung des Dorfes Lobenstein und des inficirten Gehöftes ist sofort erfolgt.

Telegraphische Witterungsberichte vom 14. Januar.

Mrg.	Ort.	Baromet. Pariser Linien.	Therm. Reaum.	Wind, Richtung und Stärke.	Allgemeine Himmels-Ansicht.
6	Memel	335,8	—2,3	SO., schwach.	Bedeckt, g. A. Schnee.
7	Königsberg	336,4	—0,4	SW., stark.	Bedeckt.
6	Stettin	336,8	0,4	SW., mäßig.	Bedeckt.
—	Ratibor	330,8	—5,2	S., schwach.	Halb heiter.
—	Münster	333,7	3,0	SW., schwach.	Trübe.
—	Trier	332,0	2,2	S., schwach.	Trübe, Regen.
7	Flensburg	334,0	1,8	S., schwach.	Trübe.*)
8	Paris	—	—	—	—
—	Haparanda	—	—	—	—
—	Helsingfors	—	—	—	—
—	Petersburg	—	—	—	—
—	Moskau	—	—	—	—
—	Stockholm	—	—	—	—
—	Skudesnäs	—	—	—	—

*) Gestern anhaltender Regen.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. n Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 14. Jan. 10 U. Ab.	333,66	+0,4	S. 1.	Trübe.
15. Januar 6 U. Mrg.	332,36	—0,2	S. 1.	Wolkig.

Breslau, 15. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 15 F. 9 Z. U.-P. 3 F. 5 Z. Eisstand.

Telegraphische Depeschen
aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Florenz, 14. Jan. Rattazzi wird, wie verlautet, zur Rechtfertigung seiner Politik mehrere die Insurrection im Kirchenstaate betreffende, noch unbekannte Actenstücke dem Parlamente vorlegen. Der Conseils-Präsident Menabrea giebt heute ein Diner zu Ehren des englischen und dänischen Gesandten.

Italien. Rente 49, 15. Napoleonsd'or 22, 92.

Florenz, 14. Jan. Abends. Deputirtenkammer. Rattazzi reclamirt wegen der letztveröffentlichten Documente, welche theils unvollständig, theils irrig datirt, theils unrichtig sind; er weist weggebliebene Depeschen vor, verlangt den Druck derselben, sowie derjenigen, welche das Ministerium noch sammeln werde.

Menabrea erwidert: Man legte alle zur Verfügung gestandenen Documente vor mit voller Unparteilichkeit und Loyalität, in der einzigen Absicht, den Gegenstand vollständig zu beleuchten. Menabrea befürwortet den Druck der Rattazzischen Documente und wird weitere Nachsuchungen anstellen. Die Kammer beschließt den Druck. Exminister Gualterio ist zum Minister des königlichen Hauses ernannt worden.

Madrid, 14. Jan. Die Regierung hat von den Cortes 2 Mill. Francs zur Umarbeitung der Infanterie-Gewehre gefordert.

Rom, 14. Jan. Der Dampfer „Orenoque" ist nach Frankreich zurückgekehrt. Derselbe hat eine Anzahl kranker Soldaten an Bord.

London, 14. Januar. Nach den durch den letzten westindischen Dampfer überbrachten Berichten ist der Geschäftszustand auf St. Thomas noch ein durchaus ungeordneter. Die Erdstöße auf der Insel dauern noch immer fort. Namentlich wurden heftige Erdstöße am 29. December und an den folgenden Tagen bis zur Abfahrt des Dampfers wahrgenommen.

London, 14. Jan. Aus Suez vom 13. v. M. wird gemeldet, daß der Fürst von Tigre sich zur Verproviantirung der englischen Expeditionstruppen erboten und zu diesem Zwecke bereits 2000 Ochsen geliefert habe.

Per Dampfer wird aus Newyork vom 4. d. M. gemeldet, daß der Gouverneur von Maine, Chamberlain, die Besteuerung der Staatsbonds befürwortet habe. Der Gouverneur von Maryland, Swan, hat sich für die vom Präsidenten bisher befolgte Politik ausgesprochen. Der Gouverneur von Massachusetts, Bullock, befürwortet die Wahl Grant's zum Präsidenten.

Aus Mexico vom 30. v. M. wird gemeldet, daß Diaz mit 3000 Mann nach Yucatan geschickt worden ist.

Bern, 14. Jan. Der Vertrag betreffend die neue Schifffahrts- und Hafenordnung auf dem Bodensee und dem Rheine bis Schafhausen ist jetzt von sämmtlichen betheiligten Regierungen genehmigt und wird demnächst in Wien ratificirt werden.

Queenstown, 14. Jan. Der Guion-Steamer „Chicago" strandete bei Cap Roche, während eines Sonntag Nacht herrschenden starken Nebels. Die Passagiere und Mannschaften sind alle gerettet, jedoch befürchtet man, daß das Schiff ein vollständiges Wrack werden wird. (T. B. f. N.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Wolff's Telegr. Bureau.)

Paris, 14. Januar, Nachmittags 3 Uhr. Consols von Mittags 1 Uhr waren 92½ gemeldet. — Schluß-Course: 3proc. Rente 68, 75. Italienische 5proc. Rente 42, 25. Oesterr. Staats-Eisenb.-Actien 501, 25. Credit-Mobil.-Actien 162, 50. Lomb. Eisenb.-Actien 335, 00. Oesterr. Anleihe von 1865 pr. cpt. 330, 00. 6proc. Ver. St. von 1882 (ungest.) 80¾.

London, 14. Jan., Nachm. 4 Uhr. Schluß-Course. Consols 92 7/16. 1proc. Spanier 35 3/16. Italienische 5proc Rente 42 1/16. Lombarden 13 7/16. Mexicaner 15¼. 5% Russen 86¼. Neue Russen 85½. Silber 60⅝. Türkische Anleihe von 1865 30 3/16. 6proc. Verein. St.-Anleihe pro 1882 71 5/16. — In die Bank von England sind heute 12,000 Pfd. St. aus Lissabon eingegangen. — Mildes Wetter.

Frankfurt a. M., 14. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schluß-Course: Wiener Wechsel 98⅛. Oesterr. National-Anleihe 53¼. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 75¼. Hessische Ludwigsbahn 128⅛. Baierische Prämien-Anleihe —. 1854er Loose 58¾. 1860er Loose 69¾. 1864er Loose 75¼. — Ziemlich fest Nach Schluß der Börse: Creditaktien 182⅜, Staatsbahn 238⅜, Amerikaner —.

Frankfurt a. M., 14. Jan., Abends. [Effecten-Societät.] Oester. Effecten matt. Amerikaner fest und beliebt. Amerikaner 75⅜. Creditactien 181½. Steuerfreie Anleihe 47¾. 1860er Loose 69¾. National-Anleihe 53¼. Staatsbahn 238.

Wien, 14. Januar. [Abend-Börse.] Unbelebt, matt. Credit-Actien 184, 20. Staatsbahn 241, 30. 1860er Loose 82, 90. 1864er Loose 76, 60. Steuerfr. Anleihe —, —. Napoleonsd'or —, —.

Bremen, 14. Januar. Petroleum, Standard white, loco 5 5/12.

Hamburg, 14. Jan., Abends. Die hiesige Vereinsbank zahlt 8¾ pCt. Dividende pr. 1867.

Hamburg, 14. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 84¼. National-Anleihe 54½. Oesterr. Credit-Actien 77. Oesterreichische 1860er Loose 69⅜. Staatsbahn 500. Lombarden 335. Italien. Rente 42¼. Vereinsbank 110⅝. Norddeutsche Bank 116¾. Rheinische Bahn 114¼. Nordbahn 94. Altona-Kiel 122. Finnländische Anleihe —. 1864er Russische Prämien-Anleihe —. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 94⅝. 6proc. Ver. St.-Anleihe pr. 1882 68¾. Disconto 1½ pCt. — Nicht flau, aber niedriger, Valuten schwächer, nur Amsterdam. Wien, Petersburg gesucht.

Hamburg, 14. Januar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco unverändert, auf Termine ohne Kauflust. Weizen per Januar 5400 Pfund netto 174½ Bankothaler Br., 173½ Gd., per Januar-Febr. 174 Br., 173 Gd., per Frühjahr 173 Br., 172 Gd. Roggen per Januar 5000 Pfd. Brutto 137 Br., 136 Gd., per Jan.-Februar 135 Br., 134 Gd., per Frühjahr 133 Br., 132 Gd. Hafer ohne Kauflust. Rüböl eher fester, loco 22, per Mai 22⅝. Spiritus flau, zu 28½ angeboten. Kaffee sehr lebhaft, verkauft zwei schwimmende Ladungen Rio, eine do. Domingo, zwei do. Santos. Zink fest. Petroleum unverändert. — Thauwetter.

Antwerpen, 14. Januar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Petroleummarkt. (Schluß-Bericht.) Ruhig. Raffin. Type weiß, loco 44½ bez. u. Br., per Januar 44½ bez. und Br.

Liverpool, 14. Jan., Mittags. Baumwolle: 12,000 Ballen Umsatz. Stetig bei guter Frage. Notirungen durchgängig gegen gestern ⅛ höher.

Manchester, 14. Jan., Nachm. (Von Hardy Natan u. Sons.) Garne, Notirungen per Pfund: 30r Mule gute Mittel-Qualität 9½ d. 30r Water, bestes Gespinnst 12¼ d. 40r Mayoll 10¾ d. 40r Mule, beste Qualität wie Taylor 2c. 12½ d. 60r Mule, für Indien und China passend 14 d. — Stoffe, Notirungen per Stück: 3¼ Pfd. Shirting prima Calvert 114 d. dto. gewöhnliche gute Makes 111 d. 34 inches 17/17 printing Cloth 9 Pfd. 2—4oz. 132 d.. Etwas höher. Producenten behaupteten ihre Forderungen fest.

London, 14. Jan., Nachm. Der Westindiendampfer „Atrato" hat eine Baarfracht von 92,206 Pfd. St., wovon 9207 in Silber überbracht.

Zucker williger, Reis stetig, Zink zu 20¼—20½ offerirt Petroleum ¼ d. gestiegen.

London, 14. Jan., Nachm. Zucker matt. Eine Ladung Havannazucker pr. „J. F. Mann" zu geheim gehaltenen Preisen verkauft. Reis fest. Auf der Theeauction wurden volle Preise erzielt.

Florenz, 14. Jan., Nachmitt. Italienische Rente 59, 15. Napoleonsdor 22, 92.

Colombo, 3. Jan. (Bericht von Volkart Brothers.] Native-Kaffe 49. Tinnevelly-Baumwolle 5¼ d., Western 4¾ d. „Cost und Fracht" nach Liverpool.

Odessa, 10. Jan., Mittags. (Verspätet eingetroffen.) Wechselcours auf London 7, 22½. Wechselcours auf Marseille 349.

Petersburg, 14. Januar, Nachmittags. In der heute stattgehabten Ziehung der 1864er Prämien-Anleihe fielen die Haupttreffer auf Nr. 166 der Serie 41, Nr. 19,751 der Serie 18, Nr. 5104 der Serie 1, Nr. 4060 der Serie 15, Nr. 17,243 der Serie 47, Nr. 5364 der Serie 49, Nr. 17,825 der Serie 49, Nr. 6458 der Serie 46, Nr. 9283 der Serie 39, Nr. 8851 der Serie 50, Nr. 9917 der Serie 47, Nr. 15,003 der Serie 23, Nr. 2126 der Serie 45, Nr. 13,391 der Serie 49, Nr. 5383 der Serie 42, Nr. 12,676 der Serie 10, Nr. 19,346 der Serie 18, Nr. 9928 der Serie 19, Nr. 3914 der Serie 33 und Nr. 3602 der Serie 12.

Bombay, 7. Januar. (Bericht von Voklart Brothers). Dhollerah 135 R. Sawginned Dharwar 140 R. Bessere Stimmung. Cours auf London 1 Sh. 11½ D. Fracht nach Liverpool 67½ Sh.

Bombay, 9. Januar. (Bericht von Bomanjee, Touche u. Co.) Neue Baumwolle kommt sehr langsam. Bedeutende Umsätze. New Oomra auf Lieferung pr. Februar 140, disponible 150 R. = 5⅙ und 5½ D. „Cost und Fracht" nach Liverpool.

Berlin, 14. Jan. Die Pariser Börse verfolgt nicht die erwartete Haussebewegung, sie verhält sich vielmehr träge und eher verstimmt; ebenso will Wien in den Coursen nicht recht vorwärts; endlich aber kommt aus New-York abermals Meldung von einer mehrprocentigen Steigerung des Gold-Agio's, der nur eine mäßige Erhöhung der Bonds gegenübersteht. Das Alles konnte nicht anders als verstimmend auf den hiesigen Verkehr wirken, zumal von einer solchen Einflüssen unzugängigen Geschäftslust an unserm Platze zur Zeit ebenfalls kaum die Rede sein kann. Die Börse verlief sonach matt und lustlos; nur in ital. Rente machten sich um ⅛ billiger als gestern noch beträchtliche Umsätze, bei Lombarden hatte sich die gestrige lokale Speculation wieder verloren, der Preis drückte sich bei ihnen ebenso wie bei Franzosen. Amerikaner hielten sich gegenüber der erwähnten Newyorker Notiz noch leidlich, sie verloren kaum ½ %. Die schweren Eisenbahnen erholten sich, Bergische, Potsdamer, Hamburger, Anhalter stiegen mehr und minder, Köln-Mindener hielten sich, Rheinische verloren etwas, desgleichen Nahebahn und Russische. Für Coseler blieb die Speculation thätig, ohne eine nennenswerthe Steigerung durchzusetzen; auch Görlitzer wurden mehrfach zu alter Notiz genommen, Löbau-Zittauer besser. Oberschlesische gaben nicht weiter nach, waren aber wie fast alle Bahnactien ohne Leben. Oesterr. Fonds variirten ebenso wenig wie die russischen, polnische Pfand- und Liquidations-Pfandbriefe zeigten sich nicht unbeliebt. Von Prioritäten fanden auch heute die russ., namentlich Kozlow-Woronesch Beachtung, während Rjäsan-Kozlow nachgab; Baierische Prämien-Anleihe hielt sich nicht vollständig, besser war dies bei Bad. der Fall. Banken still, Disconto-Comm. anziehend, Anh. Landesbank und Darmstädter Zettel herabgesetzt. Preuß. Staatspapiere bewahrten feste Haltung, 5%tige gewannen ⅛, Prämien-Anleihe drückte sich ¼. Pfand- und Rentenbriefe behauptet. Wechsel matt und still. — Prämie für Amerikaner pro ult. Februar 76½—1, pro ult. März 76¾—1¼. (B. und H.-Z.)

[Breslauer Börse vom 15. Jan.] Schluß-Course (1 Uhr Nachm.) Russisch Papiergeld 84⅜—¼ bez. u. Gd. Oesterr. Banknoten 85—⅛ bez. Schles. Rentenbriefe 90⅝ Br. Schles. Pfandbriefe 83⅔ bez. u. Gd. Oesterr. National-Anleihe 55¼ Br. Freiburger 119 Br. Neisse-Brieger —. Oberschlesische Litt. A. und C. 184 Br. Wilhelmsbahn 75¾—⅞ bez. u. Br. Oppeln-Tarnowitzer 73 bez. Oesterr. Creditb.-Actien 78 bez. u. Gd. Schles. Bank-Verein 111½ Br. 1860er Loose —. Amerikaner 75⅝—⅞ bez. u. Br. Warschau-Wiener 59 Br. Minerva 33½ Br. Baierische Anleihe —. Italiener 43⅛ bez.

Breslau, 15. Januar. Preise der Cerealien.
Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergroschen.

	fein	mittel	ordin.		fein	mittel	ordin.
Weizen, weißer	117—119	113	108—111	Gerste	65—67	62	56—59
do. gelber,	114—116	112	107—109	Hafer	42	41	40
Roggen	89—90	88	87	Erbsen	75—78	73	70

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von **Raps** und **Rübsen**.

Raps	190	180	166	pr. 150 Pfd. Brutto in Sgr.
Winterrübsen	176	166	156	
Sommerrübsen	164	154	144	
Dotter	162	152	142	

Loco- (Kartoffel-) Spiritus pr. 100 Qrt. bei 80% Tralles 18⅚ Br. 7/12 Gd.
Officiell gekündigt: — Ctr. Weizen. 1000 Ctr. Roggen. 100 Ctr. Leinöl. — Ctr. Rüböl. 5000 Qrt. Spiritus. — Ctr. Leinkuchen.

Berliner Börse vom 14. Januar 1868.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4½	96 bz.
Staats-Anl. von 1859	5	103 bz.
dito 1854. 55. 57	4½	96 bz.
dito 1859	4½	96 bz.
dito 1856	4½	96 bz.
dito 1864	4½	96 bz.
dito 1867	4½	96 bz.
dito 1850/52	4	89¾ bz.
dito 1853	4	89¾ bz.
dito 1862	4	89¾ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	83¾ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	115¾ bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	96 G.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	77¼ bz. u. B.
Pommersche	3½	76¾ G.
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	85 bz. u. B.
Schlesische	3½	83½ G.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	90½ bz.
Pommersche	4	90½ bz.
Posensche	4	89 G.
Preussische	4	88¾ bz.
Westph. u. Rhein.	4	92⅞ B.
Sächsische	4	90⅝ bz.
Schlesische	4	90½ bz. u. B.
Louisd'or 112¾ G.	Oest. Bk.	84⅞ bz.
Goldk. 9. 10 G.	Poln. Bkn.	— — —

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	47¼ G.
dito Nat.-Anl.	5	55¼ bz.
dito Lot.-A. v. 60	5	70¼ bz.
dito dito 64	—	43 etw. bz. u. G.
dito 54er Pr.-A.	4	61½ B.
dito Eisenb.-L.	—	71 etw. bz. u. G.
Ital. neue 5proc. Anl.	5	43⅛ bz.
Russ.-Engl. Anl. 1862	5	85½ bz.
dito Poln.-Sch.-Obl.	4	63⅛ b.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	57¾ bz. u. G.
dito Liqu.-Pfandbr.	4	49 bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	95½ B.
dito à 300 Fl.	5	91¾ bz. u G.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	53 etw. bz. u G
Baden. 35 Fl. Loose	—	30 bz.
Amerikan. St.-Anl.	6	76¼ à ⅛ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	95½ G.
dito II.	4½	94¾ G.
dito IV.	4½	92¼ G.
dito III. v. St. 3½ g.	3½	77⅛ bz.
Cöln-Minden	4½	97 B.
dito II.	5	101⅝ bz.
dito	4	84½ B.
dito III.	4	83½ B.
dito	4½	94¼ bz. u. G.
dito IV.	4	83½ e w. bz.
dito V.	4	83¼ bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4½	— — —
dito III. Em.	4	85 G.
dito IV. Em.	4½	85 B.
Gal. Ludwigsb.	5	80 bz. n. 76 bz.
Niederschl.-Märk.	4	87¾ bz
dito conv.	4	88 B.
dito III.	4	85⅞ B.
dito IV.	4½	95 bz.
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	100½ B.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	77¼ bz.
dito C.	4	85 G.
dito D.	4	85 G.
dito E.	3½	77¼ bz.
dito F.	4½	93⅛ G.
dito G.	4½	92⅞ bz.
Oesterr.-Franz.	3	256½ bz.
Oesterr. südl. St.-B.	3	209 bz.
Rhein. v. St. gar.	4½	— — —
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	93½ B.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1865.	1866.		
Aachen-Mastrich	—	—	4	29½ bz.
Amsterd. Rottd.	7¼	4¾	4	99½ bz.
Berg.-Märkische	9	8	4	135 bz.
Berlin-Anhalt	13	13¼	4	208½ bz.
Berlin-Görlitz	—	—	4	79½ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4	97 bz.
Berlin-Hamburg	9½	9	4	160¾ B.
Berl.-Potsd-Mgd.	16	16	4	200 bz.
Berlin-Stettin	8	8 7/12	4	137 bz.
Böhm.-Westb.	—	5	5	62 G.
Breslau-Freib.	9	9⅙	4	118¾ bz.
Cöln-Minden	17⅔	9	4	135¾ bz.
Cosel-Oderberg	2¼	2⅛	4	75½ bz.
dito St.-Prior.	—	4½	4½	85¼ B.
dito dito	—	5	5	89 G.
Galiz. Ludwigsb.	5	—	5	83⅞ bz.
Ludwigsh. Bexb.	10	10⅔	4	151 bz. u. B.
Magd.-Halberst.	15	—	4	171 B
Magd.-Leipzig	20	—	4	241 bz.
Mainz-Ludwgsh.	8	—	4	123¼ bz.
Mecklenburger	3	3	4	74¾ B.
Neisse-Brieger	5 5/12	—	4	91½ bz.
Niedrschl.-Märk.	—	4	4	88 bz.
Niedrschl. Zwgb.	3⅔	5	4	76 bz.
Nordbahn, Hess.	4	—	4	— — —
Oberschl. A.	11⅔	12	3½	182¾ à 3¼ bz.
dito B.	11⅔	12	3½	163 bz.
dito C.	11⅔	12	3½	182¾ à 3¼ bz.
Oest.-Fr. St.-B.	5	—	5	136 à 35¾ bz.
Oestr. südl. St.-B.	7½	—	5	91¼ à 91 bz.
Oppeln-Tarnow.	3¼	—	5	73 bz.
R. Oderuf.-St.-A.	—	—	5	73¼ G.
R. Oderuf.-St.-Pr.	—	—	5	85¾ B.
Rheinische	7	—	4	115¾ bz.
dito Stamm-Pr.	7	—	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	0	4	29¾ bz.
Stargard-Posen	4½	4½	4½	93¼ bz.
Thüringer	—	—	4	128¼ G.
Warschau-Wien	8½	—	5	58¾ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	8¼	12	4	158 B.
Braunschw. B.	—	0	4	95 G.
Bremer Bank	6½	8	4	— — —
Danziger Bank	7 3/10	8	4	106½ G.
Darmst. Zettelb.	7½	4	4	96 B
Geraer Bank	7⅝	7⅜	4	98½ G.
Gothaer „	7½	5	4	89 B.
Hannoversche B.	4	5⅕	4	77 G.
Hamb. Nordd. B.	9	8½	4	116½ B.
„ Vereins-B.	8 19/32	10 3/16	4	110¾ G.
Königsberger B.	6½	7 7/10	4	111 G.
Luxemburger B.	6	6	4	78¾ B.
Magdeburger B.	5½	5	4	89 G.
Posener Bank	6½	7½	4	99¼ B.
Preuss. Bank-A.	10 14/15	13⅛	4½	153½ B.
Thüringer Bank	4	4	4	64½ B.
Weimar	6½	4¼	4	82 B.
Berl. Hand.-Ges.	8	3	4	108¾ bz.
Coburg. Credb. A.	8½	4	4	70 B.
Darmstädter „	8½	6½	4	79¾ bz. u. G.
Dessauer „	—	0	—	2 G
Disc. Com.-Anth.	6½	8	4	107⅞ bz.
Genfer Credb.-A.	—	0	4	22¼ G.
Leipziger „	4	—	4	86 etw. bz.
Meininger „	7	—	4	89¾ etw. bz.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	19¾ bz.
Oest. Credb.-A.	4½	—	5	77¾ à ⅞ bz.
Schl. Bank-Ver.	7½	7½	4	111½ B.
Minerva	1	—	5	33½ B.
Fbr. v. Eisenbdf.	5½	10	5	129 B.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10T.	143⅜ bz.	Augsburg 100 Fl.	2 M.	56. 24 G.
dito dito	2 M.	142¾ bz.	Leipzig 100 Thlr.	8 T.	99⅚ G.
Hamburg 300 Mk.	8 T.	151⅝ bz.	dito dito	2 M.	99 5/12 G.
dito dito	2 M.	151 bz.	Frankfurt a. M. 100 Fl	2 M.	56. 28 bz.
London 1 Lstr.	3 M.	6. 24 bz.	Petersburg 100 S.-R.	3 W.	93⅛ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	81 1/12 bz.	dito dito	3 M.	91½ bz.
Wien 150 Fl.	8 T.	84⅝ bz.	Warschau 20 S.-R.	8 T.	84⅛ bz.
dito	2 M.	84⅛ bz.	Bremen 100 Thlr. Gold	8 T.	111⅜ bz.

Berlin, 14. Januar. Weizen loco 89—105 Thlr. nach Qualität. — Roggen loco 77—82pfd. 74—76⅞ Thlr. pro 2000 Pfund bez. — Rüböl loco 10⅚ Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 19 19/24 Thlr. bez., pro Jan. und Jan.-Febr. 19½—⅜—5/12 Thlr. bez., Febr.-März 19 7/12—½—7/12 Thlr. bez., April-Mai 20 1/24—19 11/12—20 Thlr. bez., Mai-Juni 20¼—⅛—⅙ Thlr. bez.

Breslau, 15. Januar. Bei ruhigem Geschäftsverkehr ist vom heutigen Markte nichts Verändertes zu berichten.

Weizen matter, pr. 84 Pfund schlesischer weißer 107—118 Sgr., gelber 106—116 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt. — Roggen preishaltend, pr. 84 Pfund 88—90 Sgr., feinste Sorte — — bezahlt. — Gerste sehr fest, pr. 74 Pfund gelbe 57 bis 60 Sgr., helle 62—65 Sgr., weiße 66—68 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Hafer, begehrt, pr. 50 Pfd. 41—42 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Erbsen schwach beachtet. — Wicken beachtet, pr. 90 Pfd. 60—65 Sgr. — Oelsaaten preishaltend. — Lupinen beachtet, pr. 90 Pfd. gelbe 44—48 Sgr., blaue 42—46 Sgr. — Bohnen behauptet, pr. 90 Pfd. 85—100 Sgr. — Schlaglein preishaltend. — Rapskuchen mehr beachtet, 62—64 Sgr. pr. Ctr.

	Sgr. pr. Schffl.		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Weißer Weizen	105—114—119	Schlag-Leinsaat	175—190—200
Gelber Weizen	106—111—116	Winter-Raps	170—180—190
Roggen	88—89—90	Winter-Rübsen	160—170—180
Gerste	57—63—68	Sommer-Rübsen	145—158—165
Hafer	40—41—42	Leindotter	145—150—162
Erbsen	70—74—78		

Kleesaat, rothe wenig verändert, 13—14—15 Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz, weiße mehr angeboten, 19—22 Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz.

Thymothee ohne Zufuhr, 8½—9½ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. 28—38 Sgr., Metze 1¼—2 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.